

Arbeitspapier
des Investitionsplanungs- und Olympiaamts
der Landeshauptstadt München

über

Kommunalpolitische Aspekte des Münchner
Wanderungsgewinns

erstellt von einer Arbeitsgruppe, bestehend aus
den Herren Dr. Abreß, Beinlich, Dr. Bleibinhaus,
Dr. Ganser, Kahl

Federführung: Dr. Karl Ganser

1970

KOMMUNAL-
POLITISCHE
ASPEKTE

MÜNCHNER
WANDERUNGSGEWINNS

G E G E N S T A N D D E R D I S K U S S I O N

Die teilweise polemisch geführten Auseinandersetzungen über die Wanderungsgewinne der Stadt München berühren die Stadt- und Regionalentwicklungspolitik an zentraler Stelle.

Neuere Untersuchungen über die Ursachen von Wanderungsbewegungen zeigen den engen Zusammenhang zwischen kommunaler Infrastrukturqualität und Wanderungen von Personen auf. Die Entwicklungsmöglichkeiten der privaten Wirtschaft, die Qualität des Arbeitsplatzangebotes und der Standard privater Dienstleistungen als bedeutsame Anziehungsfaktoren für zuziehende Personen werden zunehmend mehr von den infrastrukturellen Vorleistungen der kommunalen Gebietskörperschaften abhängig.

Durch Wanderungsbewegungen werden Personen und Haushalte als Nachfragerträger für Arbeitsplätze, private Dienstleistungen und öffentliche Daseinsfürsorge aus Räumen mit schlechteren Lebensmöglichkeiten in Räume mit besseren Lebenschancen umverteilt.

Bei allgemein rasch zunehmender Mobilität der Bevölkerung - im Mittel der BRD beträgt die Mobilitätsrate gegenwärtig etwa 11 %, in Stadtregionen steigt dieser Anteil auf über 20 % an - werden immer mehr Menschen die Diskrepanz zwischen subjektiv angestrebten Lebenschancen und tatsächlich gebotenen Möglichkeiten am angestammten Lebensraum durch Zuzug in einen für sie attraktiver erscheinenden Lebensraum auflösen. Damit beinhaltet die Analyse der Wanderungsvorgänge das zur Zeit wohl beste Diagnoseinstrument zur Beurteilung der Qualität kommunaler und regionaler Infrastruktur.

Noch vor 15 Jahren fanden Wanderungsbewegungen in kommunalpolitischen und regionalpolitischen Überlegungen nur geringe Beachtung. Die damals sehr starke Zuwanderung in die Verdichtungsräume wurde als Folge der wirtschaftlichen Entwicklung und der Vollbeschäftigungspolitik weitgehend undiskutiert hingenommen.

Heute dagegen ist die Auseinandersetzung um Wanderungsgewinne und Wanderungsverluste zu einem zentralen landespolitischen und kommunalpolitischen Thema geworden. Die Diskussion um die Wanderungsgewinne der Verdichtungsräume wird in den kommenden Jahren noch mehr allgemeine Aufmerksamkeit erregen. Dabei wird die Polemik und die Emotionalisierung der Diskussion wahrscheinlich nur allmählich abgebaut werden können. Die Härte der noch bevorstehenden Auseinandersetzung hat folgende Gründe:

- o Bevölkerungsbioologisch zeichnet sich in der BRD ein Gleichgewichtszustand ab, der für alle fortgeschrittenen Industriegesellschaften typisch ist. Die Bevölkerung der Bundesrepublik wird bis zum Jahre 1990 von gegenwärtig 57 Millionen auf kaum mehr als 6.9 Millionen anwachsen. Als Folge der biologischen Bevölkerungsstagnation wird Einwohnerwachstum von Gemeinden und Regionen künftig also gleichbedeutend mit Zuwanderungsgewinnen auf Kosten anderer Gemeinden und Regionen sein.
- o Neue Technologien werden künftig in noch rascherer Folge angeboten werden. Ihre Rentabilität ist an die Auslastung durch fortschreitend größere Einwohnerzahlen gebunden, also mehr Kunden für neue Verkaufsformen, mehr Fahrgäste für neue Massenverkehrsmittel, mehr Schüler für modern ausgestattete Schulen, mehr Einwohner für computerausgerüstete Krankenhäuser usw.

Neue Technologien und Entwicklungen im gesellschaftlichen Bereich werden daher stets zuerst in Regionen mit bereits höherer Bevölkerungszahl, also in Verdichtungsräumen, entstehen. Sie werden auch künftig ihre Anziehungskraft auf die mobileren Teile der Bevölkerung außerhalb der Verdichtungsräume ausüben. Ihre Ausbreitung in dünn besiedelte Gebiete vollzieht sich meist nur unter erheblicher zeitlicher Verzögerung und unter Qualitätsminderung. Die damit andauernden absoluten und relativen Einwohnerverluste in dünn besiedelten Gebieten vergrößern künftig die Schere zwischen notwendiger und vorhandener Bevölkerungszahl zur rationellen Auslastung spezialisierter Infrastruktureinrichtungen.

- o Bisher wurden ausschließlich Planungsverfahren entwickelt, in denen die Sanierung erneuerungsbedürftiger Infrastrukturen auf Wachstumsimpulse angewiesen ist. Verdichtungsräume und ländliche Entleerungsgebiete sind daher zur Lösung ihrer Probleme in den gegenwärtigen Planungsverfahren gleichermaßen auf Bevölkerungswachstum angewiesen. In Gebieten mit Wanderungsverlusten fehlen diese jedoch, so daß die dort erforderlichen Erneuerungsmaßnahmen nur unter stark erschwerten Bedingungen durchgeführt werden können.
- o In der Nachkriegszeit wurde für die Bundesrepublik ein Siedlungsleitbild verfolgt, das die Erhaltung einer aus der Agrargesellschaft ererbten Siedlungsstruktur anstrebt. Dieses Siedlungsleitbild hat sich jedoch bereits in der zurückliegenden Zeit als Ideologie erwiesen. Die gesellschaftlichen Veränderungen und die damit verbundenen regionalen Mobilitätsvorgänge führten ohne Rücksicht auf dieses Leitbild

zur weiteren Konzentration der Bevölkerung.
Die Übernahme dieses Siedlungsleitbildes in
Raumordnungsgrundsätze und regionalpolitische Programme
und das damit propagierte Gleichverteilungsprinzip
macht die Konkurrenz um den Einwohner besonders hart.

- o Die ungenügenden Kenntnisse über Umfang, Ursachen
und Konsequenzen von Wanderungsvorgängen tragen
wesentlich zur Emotionalisierung der Diskussion um die
Wanderungsgewinne der Verdichtungsräume und die
Wanderungsverluste der ländlichen Räume bei. Bisher
wurde es u.a. versäumt, die amtliche
Wanderungsstatistik aussagekräftig auszubauen. Dazu
müßte wohl das Meldeformular als Datenquelle für die
eingehende Analyse regionaler Mobilitätsvorgänge um
bedeutsame Merkmale ergänzt werden. Ein zentrales
Informationssystem zur Erfassung und Analyse aller
Wanderungen wäre Voraussetzung für einen aktuellen
interregionalen Vergleich. Laufende Motivforschungen
über die Ursachen von Wanderungsbewegungen, die zur
Zeit vollkommen fehlen, wären eine unabdingbare
Voraussetzung für eine emotionsfreiere Interpretation
der Wanderungszahlen.

Der "Streit um den Einwohner" wird in Zukunft also noch
härter entbrennen. Gewohnheitsmäßig gilt als
Bewertungsmaßstab für eine erfolgreiche Kommunalpolitik
ein möglichst großes Einwohner- und Wirtschaftswachstum.
Die Frage, ob die damit angestrebte Verteilung von
Arbeitsstätten und Bevölkerung den eigentlichen
Bedürfnissen und Ansprüchen der Bevölkerung an eine
zeitgemäße Versorgung mit Infrastruktureinrichtungen und
der wirtschaftlichen Verwendung öffentlicher Mittel
entspricht, wird dabei meist nicht gestellt.

München verzeichnet seit vielen Jahren die höchsten
Wanderungsgewinne in der BRD. Die Stadt ist daher einer
zunehmenden Kritik durch eben die politischen
Gruppierungen ausgesetzt, die durch zähes Festhalten an
überkommenen Siedlungsleitbildern die Erarbeitung eines
zukunftsweisenden Siedlungsleitbildes verhindern und
damit das von ihnen kritisierte Wachstum der
Verdichtungsräume mitveranlaßt haben.

Das Jahr 1969 brachte für die Stadt München einen
positiven Wanderungssaldo von nahezu 50.000 Personen.

Diese Zahl wird mit Sicherheit Anlaß zu weiteren Polemiken gegen München sein. Dabei wird im Vergleich mit anderen Verdichtungsräumen bewußt oder unbewußt nur der auf die Stadt bezogene Wanderungsgewinn zitiert, um das angeblich unnormale Wachstum Münchens besonders deutlich zu machen. Würde man nämlich den Vergleich auf Regionsbasis vornehmen, wäre das Ergebnis längst nicht mehr so außergewöhnlich, da in Verdichtungsräumen die Kernstädte zwar stagnieren, das Umland jedoch ebenfalls wächst.

Im einzelnen beinhaltet die regional- und kommunalpolitische Kritik an den Wanderungsgewinnen Münchens folgende Vorwürfe, die auf ihre Stichhaltigkeit zu prüfen sind: (Sie wurden über Inhaltsanalysen von zahlreichen Texten gewonnen.)

- o "Die Stadt München treibe eine unverantwortlich expansive, mit Steuergeldern subventionierte Wirtschaftsförderungspolitik. Sie fördere damit die Abwanderung aus dem ländlichen Raum, womit sie sich in Gegensatz zu den Zielen der Landesplanung und zu den Grundsätzen des Bundesraumordnungsgesetzes stelle."
- o "Als Folge dieser Wachstumspolitik würde die Stadt laufend neue Verkehrsprobleme, neue Wohnraumnot und wachsenden Schulraummangel schaffen, ohne mit ihrer Finanz- und Verwaltungskraft zu einer Beseitigung der Notstände fähig zu sein."
- o "Von Bund und Land würden zur Beseitigung dieser Notstände unangemessen hohe Förderungsmittel und gesetzliche Sonderbehandlungen verlangt. Die nach München fließenden Mittel würden damit für dringende strukturpolitische Maßnahmen in den förderungswürdigeren Teilen Bayerns fehlen."
- o "Eine Folge des raschen Wachstums sei der Ausverkauf wertvoller 'Stadtsubstanz' und einmaliger 'Individualität', da stets weitere wertvolle Bausubstanz und erhaltenswerte Freiräume neuen Verkehrswegen, Kaufhäusern und Siedlungsmaßnahmen geopfert werden müßten."

- o "In der hektischen Dynamik der Stadt würden auch die Planungszeiträume fehlen, die für eine hochwertige Planung und für eine breite Diskussion von Alternativen notwendig wären. Mit dem Hinweis auf Terminnöte und Kostenzwänge würden zunehmend mehr zur Monopolisierung neigende Großkapitalgesellschaften mit der Planung und Durchführung von Baumaßnahmen beauftragt. Damit würden die 'wahren' Interessen der Bürger der Stadt in der Planung jedoch immer weniger berücksichtigt,"
- o "Durch die anhaltend hohen Zuzugsquoten würden mehr und mehr ortsfremde Personen ihren Wohnsitz in München nehmen und zu einer allmählichen 'Überfremdung' der Stadt führen. Die 'Assimilationskraft' der Stadt würde nicht ausreichen, um die große Zahl neu Zugezogener in so kurzer Zeit zu integrieren."
- o "Die Stadt München habe es bisher unterlassen, gegen das Wachstum entsprechende Schritte zu unternehmen. Vielmehr würde sie bewußt das Wachstum für ihren Prestigegegewinn einsetzen, um ihre Stellung als 'heimliche Hauptstadt und Weltstadt mit Herz', in die sie sich selbst gehoben habe, zu festigen."
- o "Jede neu zuziehende Person würde der Stadt mehr Kosten verursachen als Nutzen bringen. Andererseits würde die in den Abwanderungsgebieten bereits vorhandene Infrastruktur nicht mehr ausreichend genutzt
- o "Nicht zuletzt würden sich hinter der Wachstumspolitik der Stadt München parteipolitische Zielsetzungen verbergen, da nachzuweisen sei, daß die aus dem ländlichen Raum zuziehenden Personen ihre konservative Grundhaltung ändern würden."
- o "Auf ihre unverantwortliche Expansionspolitik angesprochen, würde sich die Stadt in allmählich langweiliger Wiederholung auf einen allgemeinen, weltweiten und irreversibel ablaufenden Verstädterungsprozeß berufen."

II.

A N A L Y S E D E R S I T U A T I O N

Die zahlenmäßige Darstellung des Münchner Wanderungsgewinns und die Aufgliederung nach unterschiedlichen Wanderungsgruppen und Herkunftsgebieten werden in ihrem Aussagewert durch das grobe Datenmaterial der amtlichen Wanderungsstatistik erheblich eingeschränkt. Mit den zugänglichen Daten lassen sich nachstehende Aussagen machen»

Das W a c h s t u m d e r R e g i o n
(vgl. Tabelle 1/2) -

Das E i n w o h n e r W a c h s t u m der Region München betrug im Zeitraum 1950 - 1968 beinahe 800 000 Personen. Davon entfallen etwa 700 000 Personen auf den Wanderungsgewinn und 100 000 Personen auf den Geburtenüberschuß.

Die Stadt München erzielte in diesem Zeitraum einen Wanderungsgewinn von mehr als 520 000 (2/3 des Wanderungsgewinns der Region) und einen Geburtenüberschuß von etwa 30 000 (1/3 des Geburtenüberschusses der Region). Der Geburtenüberschuß der Stadt trug etwa 6 % zum Wachstum der Stadt bei.

Im zeitlichen Verlauf lassen sich folgende Beobachtungen von allgemeiner Bedeutung machen:

- o Die Jahre 1954 bis 1962 und 1968/69 brachten der Stadt jeweils S p i t z e n g e w i n n e von mehr als 30 000 Personen. Zwischen 1962 und 1967 gingen die Wanderungsgewinne der Stadt laufend bis auf einen Betrag von unter 20 000 Personen pro Jahr zurück.

Das Umland erzielte dagegen k o n t i n u i e r l i c h ansteigende W a n d e r u n g s g e w i n n e , die in den Jahren 1950 bis 1956 noch kaum mehr als 1.200 Personen, in den Jahren 1957 bis 1961 etwa 10.000 Personen, in den letzten Jahren

mehr als 16 000 Personen betrug»

- o Im Verlauf der Jahre, vor allem aber in den letzten Jahren erhöhte sich der Anteil der Wanderungsgewinne aus dem Ausland stetig. Er beträgt zur Zeit etwa 40 % des gesamten Wanderungsgewinns der Stadtregion. Das Umland ist dabei mit knapp 20 % weit schwächer beteiligt. In der Kernstadt dominiert dagegen gegenwärtig der Wanderungsgewinn aus dem Ausland mit mehr als 60 %.
- o Mit zunehmenden Wanderungsgewinnen erhöhten sich auch die Geburtensaldo. Der Beitrag des natürlichen Bevölkerungswachstums zur gesamten Einwohnerzunahme der Region stieg von etwa 4 % im Zeitraum 1950 - 1956 auf ungefähr 25 % im Zeitraum 1962 - 1968. Der Geburtenüberschuß im Umland weist die steilere Wachstumstendenz auf. Er trägt derzeit mehr als 1/3 zum Wachstum des Umlands bei.
- o Die konjunkturelle Empfindlichkeit des Wanderungsgewinns kommt besonders deutlich 1967, im Jahr der wirtschaftlichen Rezession zum Ausdruck. Die Wanderungsgewinne des Umlandes sind offenbar weniger konjunkturanfällig. Sie stiegen auch im Rezessionsjahr von 1966 15 900 Personen auf 16 900 Personen im Jahr 1967 an.

Der Wanderungsgewinn der Kernstadt ging dagegen von 16 500 im Jahr 1966 auf etwas über 5000 im Jahr 1967 zurück.

Die durch die wirtschaftliche Rezession bedingten Abschwächungen des Wanderungsgewinns wurden in den folgenden Jahren erneuter Konjunkturbelebung durch überdurchschnittlich hohe Wanderungsgewinne wieder ausgeglichen. So erklären sich die herausragenden Wanderungsgewinne der Stadt München im Jahre 1968 mit über 32 000 Personen und im Jahre 1969 mit mehr als 40 000 Personen.

- o Die geglättete Entwicklungskurve der Wanderungsgewinne der Region München in den Jahren nach 1961 zeigt leicht fallende Tendenz. Das Jahresmittel des Zeitraumes 1961 - 1968 beträgt in der Stadt 20 000, im Umland 14 000. Zu Beginn des Zeitraumes verzeichnete die Stadt noch 30 000, 1966 dagegen nur noch 16 000 Personen Wanderungsgewinn. Das Umland weist im Gegensatz dazu seit 1962 kontinuierlich steigende Wanderungsgewinne auf.
- o Trotz leicht sinkender Wanderungsgewinne lassen sich in den zurückliegenden Jahren stetig ansteigende

Mobilitätsraten beobachten. So betrug die Summe der Zu- und Wegzüge im Jahr 1962 in der Region München etwa 300 000, im Jahr 1968 bereits 360 000 Personen. Das bedeutet steigende Austauschquoten bei kleineren Wanderungsgewinnen.

- V e r g l e i c h m i t a n d e r e n
V e r d i c h t u n g s r ä u m e n (vgl. Tabelle 3) -

Der Vergleich mit anderen Verdichtungsräumen zeigt, daß das Wachstum und die Wanderungsgewinne der Region München dem allgemeinen Konzentrationsprozess der Bevölkerung in der Industriegesellschaft entsprechen. Die Wanderungsgewinne zwischen 1956 und 1968 betragen z.B. in den Regionen Köln 22 % Hannover 13 % Frankfurt 19 % und Stuttgart 18 % des Einwohnerstandes des Jahres 1956.

München weist für diesen Zeitraum einen Wert von 30 % auf. Bedingt durch größere Baulandreserven in Städten mit großer Gemarkung ergeben sich beim Vergleich der Kernstädte Unterschiede. Vergleichsweise kleine Kernstädte, wie z. B. Stuttgart verzeichnen seit dem Jahr 1963 Wanderungsverluste, wachsen dafür aber im Umland weiter.

In fast allen anderen Verdichtungsräumen der Bundesrepublik lagen die Wanderungsgewinne der Jahre 1956-1961 ähnlich hoch wie in der Region München. Die Abschwächung der Zuzüge in den letzten Jahren ist dort jedoch merklich ausgeprägter als in München. München steht mit seinen Wanderungsgewinnen gegenwärtig an der Spitze aller Stadtregionen der BRD, (1966- 1968 5,25 % der Einwohnerzahl) gefolgt von den Räumen Köln (2,19 %), Frankfurt (2,26 %) und Stuttgart (1,11 %). Auffallend ist das Nord-Süd-Gefälle im Wachstum der Verdichtungsräume. Der Raum Hamburg ist seit 1966 nur um 0,59 % durch Wanderungsgewinne gewachsen und der Raum Hannover verzeichnet sogar Wanderungsverluste in Höhe von 0,31 %.

W a n d e r u n g s g e w i n n e m i t d e m
A u s l a n d - (vgl. Tabelle 4)

In der Bundesrepublik arbeiten zur Zeit rund 1,3 Millionen

ausländische Arbeitskräfte, vorwiegend in den Verdichtungs-
räumen. Der Anteil der Ausländer am Wanderungsgewinn schwankt
in den zum Vergleich herangezogenen Verdichtungsräumen im Jahr
1966 von etwa 33 % in München und etwa 100% in Stuttgart, wo
der Wanderungsgewinn mit dem Inland negativ ist.

Die Kernstädte der meisten Verdichtungsräume wachsen heute
fast ausschließlich durch den anhaltenden Zustrom von
Ausländern. Die Konjunkturanfälligkeit der ausländischen
Wanderungsgewinne ist besonders groß. In den
Rezessionsjahren 1967/68 waren die Wanderungssaldi mit dem
Ausland in allen Verdichtungsräumen negativ.

Bei der konjunkturellen Wiederbelebung traten zum Ausgleich
überhöhte Gewinne auf.

Z u s a m m e n s e t z u n g d e r W a n d e r u n g s g e w i n n e (vgl. Tabelle 5/6/7) -

Für die derzeitigen Wanderungsströme des Raumes München
sind folgende Merkmale typisch;

- o etwa 2/3 % sind ledig,
- o über 70 % wandern als alleinstehende Personen,
- o Die Erwerbsquote ist mit über 70 % überdurchschnittlich hoch,
- o über 70 % aller wandernden Personen sind im Alter zwischen 16 und 35 Jahren,
- o die Wegzüge sind im Schnitt einige Jahre älter, der Anteil der alleinstehenden Personen und der Erwerbstätigkeitsgrad ist bei den Wegzügen etwas niedriger als bei den Zuzügen.
- o Im Wanderungssaldo verbleiben der Kernstadt zunehmend höhere Anteile an erwerbstätigen Personen (1965 = 76,2 %, 1968 = 82,5 %) und an jungen Altersgruppen (unter 35 Jahre 1965 = 94 %, 1966 = 96 %)
- o In der Altersgruppe über 65 Jahren verzeichnet die Kernstadt Wanderungsverluste.

Die für München gegebenen Zahlen zur Zusammensetzung der
Wanderungsströme gelten auch für die Wanderungsverhältnisse

in anderen Verdichtungsräumen. Wanderungen tragen also stark selektiven demographischen Charakter. In Vergleich zum normalen Bevölkerungsaufbau beteiligt sich eine einseitig strukturierte Bevölkerungsgruppe an Wanderungsvorgängen.

Die amtliche Wanderungsstatistik enthält keine Angaben über berufliche Qualifikation, soziale Stellung und Wirtschaftsbereich der Arbeitsstätte, in denen die wandernden Personen beschäftigt sind. Gerade diese Informationen würden aber zu einer gesicherten Ursachenforschung und einer rationalen Beurteilung von Wanderungs- Vorgängen dringend benötigt.

Für die Stadt München liegen aus Sonderauswertungen lediglich einige Behelfsinformationen zum Beruf und zur sozialen Stellung der zu- und wegziehenden Personen vor. Für das Umland fehlen leider auch diese Angaben.

- o Die Wanderungsgewinne der Stadt treten überwiegend in den Berufsgruppen Industrie und Handwerk (50 %) und Handel und Dienstleistungen (40 % auf. Dies sind Berufsgruppen, die in den expansiven Wirtschaftsbereichen der Stadt Baugewerbe, Fahrzeugbau, Elektrotechnik, Handel, Verkehr und Dienstleistungen beschäftigt sind.
- o Berufe des "tertiären Sektors" erweisen sich als wenig konjunkturanfällig. Sie werden in den Jahren 1966/67 von der Rezession nur schwach betroffen. So verzeichnet auch das Rezessionsjahr 1967 einen Gewinn von über 6 000 Personen, während industrielle Berufe nur mit 2 000 am Wanderungsgewinn beteiligt waren.
- o Beinahe 2/3 des inländischen Wanderungsgewinns entfallen auf qualifizierte und hochqualifizierte Berufe. Nur etwa 13 % zählen zu den ungelernten Berufen. Bei den Wanderungen mit dem Ausland dominieren dagegen ungelernte Tätigkeiten.

H e r k u n f t s g e b i e t e d e s
W a n d e r u n g s g e w i n n s (vgl. Tabelle 8/9) -

Die Analyse der regionalen Herkunft der Münchner Wanderungsgewinne ergibt folgende für die kommunalpolitische Beurteilung des Wanderungsgewinns bedeutsamen Aussagen:

- o Im zeitlichen Verlauf verschieben sich die Herkunftsgebiete des Münchner Wanderungsgewinns immer mehr zu den nord- und westdeutschen Bundesländern (1965 7000, 1968 12 000 Personen) und zum Ausland (1965 14 000, 1968 22 000 Personen). Die traditionellen Zuwanderungsgebiete Münchens, Niederbayern und die Oberpfalz tragen heute nur noch etwa 17 % zum inländischen Wanderungsgewinn der Region bei. Insgesamt sind im Jahr 1965 nur 3400 und im Jahr 1968 nur 4800 Personen bei einem gesamten Wanderungsgewinn von 33 000 (1965) und 51 000 (1968) von dort zugezogen.
- o Die Kernstadt funktioniert als "Sprungbrett" für den Wanderungsgewinn des Umlands. Sie ist "Einfallstor" für einen beachtlichen Teil der Erstzuzüge, die anschließend über innerregionale Umzüge im Verlauf der Jahre in die Region umverteilt werden. Der Wanderungssaldo der Stadt München mit dem Umland ist daher seit vielen Jahren negativ. Im Mittel der Jahre verlor die Stadt mehr als 8000 Personen pro Jahr an ihr Umland. Die Wanderungsverluste mit dem Umland zeigen steigende Tendenz. (1965 6300, 1968 8200 Personen)
- o Die Kernstadt zieht relativ mehr Personen aus nord- und westdeutschen Bundesländern und aus dem Ausland an als das Umland. So tragen die Wanderungsgewinne mit den nord- und westdeutschen Bundesländern beinahe 60 % zum inländischen Wanderungsgewinn der Stadt, aber nur etwa 30 % zum inländischen Wanderungsgewinn im Umland bei.
- o Nur etwa 20 % der nach München zuziehenden Personen hatten ihren früheren Wohnsitz in Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern. Der größere Teil der Wanderungsbeziehungen findet mit Gemeinden zwischen 2000 und 35 000 Einwohnern statt. Mehr als 1/3 der zuziehenden Personen stammen sogar aus Gemeinden mit mehr als 35 000 Einwohnern, also aus Mittel- und Großstädten. Die Wanderungsgewinne der Stadt verschieben sich stetig in Richtung höherer Gemeindegrößenklassen.
- o Nur etwa 12 % der nach München zuziehenden Personen wandern aus ländlichen Problemgebieten zu. Dagegen wohnten beinahe 40 % der zuziehenden Personen auch vor ihrem Zuzug schon in Verdichtungsräumen. Auch

hier beobachtet man im zeitlichen Verlauf eine weitere Intensivierung der Beziehungen zu Verdichtungsräumen und eine Abnahme der Wanderungsverflechtung mit dem ländlichen Raum.

- Die künftige Bevölkerungsentwicklung (vgl. Tabelle 10/11)

Für die künftige Bevölkerungsentwicklung liegen aus etwa 80 Teilräumen der Bundesrepublik Prognosen des Statistischen Bundesamtes vor, die von den Landesplanungen der Länder nach ihren Zielvorstellungen überarbeitet und untereinander abgeglichen wurden. Aus diesen Vorausschätzungen ist folgendes festzuhalten:

- o Die Region München steht mit einem prognostizierten Wachstum von 2,463 Mill. Personen (= 28 %) im Jahr 1990 zwar absolut und relativ an der Spitze aller Regionen. Die Werte liegen jedoch innerhalb eines allgemeinen Wachstumstrends der anderen Verdichtungsräume. (z.B. Hannover mit 18 %, Frankfurt mit 19 %, Stuttgart mit 24 %)
- o Im Vergleich zur PROGNOSE-Prognose des Jahres 1968, die für die Region München zum Jahre 1990 eine Gesamtbevölkerung von 2,8 Mill. ausweist, führt die nach landesplanerischen Zielvorstellungen des Landes Bayern korrigierte Prognose nur zu 2,463 Mill. Bewohnern für die Region München im Jahr 1990.
- o Die großen Verdichtungsräume 1) werden ihre Bevölkerungszahl bis zum Jahr 1990 um 4,3 Mill. (16 %) erhöhen. Demgegenüber wachsen die ländlichen Problemräume nur um 1,8 Mill. (18 % der Bevölkerung des Jahres 1967) an.
- o Es ist noch nicht erwiesen, daß die regionalpolitischen Steuerungsinstrumente der Landesplanung zur Erfüllung der landesplanerischen Zielprognosen ausreichen, Dem bisherigen Trend folgend würden die Verdichtungsräume wesentlich stärker als in der Prognose angenommen anwachsen. So wurden z.B. in Bayern die Trendprognosen nach den landesplanerischen Zielvorstellungen um 329.000 Personen zu Ungunsten der Verdichtungsräume korrigiert.

1) Regionen: Hamburg, Bremen Hannover, Ruhrgebiet, Düsseldorf Köln, Aachen, Saargebiet, Rhein-Main, Ludwigshafen, Mannheim, Karlsruhe, Stuttgart, Augsburg, München, Nürnberg.
Die Stadtregionen nach Boustedt umfassen wesentlich mehr Gebiete.

Für die Verdichtungsräume ist damit u.U. mit einem größeren Wachstum zu rechnen.

- o Das Land Bayern weist im Prognosezeitraum Wanderungsgewinne mit allen anderen Bundesländern und damit ein stärkeres Wachstum als die anderen Bundesländer auf. Die Wanderungsgewinne mit den anderen Bundesländern gehen aber fast ausschließlich auf die positiven Wanderungssalden der Stadt München mit diesen Bundesländern zurück.

Z w i s c h e n b i l a n z (II)

Zu der eingangs formulierten Kritik an den Münchner Wanderungsgewinnen läßt sich nach den bisherigen Analysen wie folgt Stellung nehmen:

- o Die Wanderungsgewinne der Stadt und der Region München bewegen sich innerhalb des allgemeinen Wachstumstrends der anderen Verdichtungsräume in der BRD. Allerdings müssen bei diesem Vergleich die Werte auf die ganze Region und nicht auf die verschieden großen Gebiete und damit auf die unterschiedlichen Baulandreserven der Kernstädte bezogen werden.
- o Die hohen Wanderungsgewinne der Jahre 1968/69 stellen Nachholerscheinungen der Rezessionsjahre dar.
- o Die im Vergleich zu anderen Verdichtungsräumen größeren Wanderungsgewinne der Region München lassen sich weitgehend aus dem Nachhinken der Ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung Bayerns erklären. Die Industrialisierung Bayerns setzte mit einer 5- bis 7-jährigen Verspätung ein.
- o Das weitere Wachstum der Region München wird sich künftig auf einen Betrag um 25.000 Personen jährlich ein- spielen und damit im Rahmen der anderen Verdichtungs- räume bleiben.

Die derzeitigen Wanderungsgewinne der Region München stammen nur noch zum kleineren Teil aus Bayern. Die

ländlichen Problemgebiete spielen dabei eine untergeordnete Rolle. Die Wanderungsgewinne mit den anderen Bundesländern und dem Ausland überwiegen. Diese Tendenz wird sich künftig verstärken.

- o Die Wanderungsgewinne der Region München sind für die gesamte Entwicklung des Landes Bayern von zentraler Bedeutung, da keine andere Region Bayerns die Attraktivität besitzt, in der interregionalen Konkurrenz innerhalb der Bundesrepublik vorwiegend qualifizierte Arbeitskräfte aus anderen Verdichtungsräumen und aus Nichtgastarbeiterländern anzuziehen. Gerade diese zahlenmäßig nicht unbedeutende Gruppe von Zuwanderern ist eine wesentliche Voraussetzung für die weitere wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung für ganz Bayern.

Die Kritik, die Stadt München treibe eine unverantwortliche Expansionspolitik, sie würde dem ländlichen Raum Bayerns Bevölkerung entziehen und damit gegen die geltenden Raumordnungsgrundsätze verstoßen, ist aus der Kenntnis der Wanderungsvorgänge zurückzuweisen. Das Wachstum der Stadt erfolgt in einem beachtlichen Teil (etwa 15 %) aufgrund von Geburtenüberschüssen. Der größte Teil des Wanderungsgewinns stammt aus außerbayerischen Bundesländern und aus dem Ausland» Die Mehrzahl der Zuzüge kommt aus Mittelstädten und Verdichtungsräumen. Das wirtschaftliche Wachstum der Stadt erfolgt vor allem im Bereich des "tertiären Sektors", dessen Förderung bisher in den Förderungsprogrammen des ländlichen Raumes nicht angesprochen ist.

III.

M O T I V E D E R Z U Z I E H E N D E N P E R S O N E N

Untersuchungen zu Zuzugsmotiven fehlen für die Region München; die seinerzeitige Untersuchung von INFAS ist aus mehreren Gründen nicht aussagekräftig. Die Gründe sind:

- o Beschränkung auf das Stadtgebiet;
- o Querschnittsbefragung aller zugezogenen Personen unter Einbezug von Wanderungsgruppen der unmittelbaren Nachkriegszeit, deren Motive für die heutigen Wanderungen untypisch sind;
- o Abschluß der Untersuchung 1961. Zwischenzeitlich ist eine erhebliche Verschiebung der Motivationsstrukturen anzunehmen.

Die Städte Hannover, Kiel, Stuttgart und die Städte des Ruhrgebietes dokumentieren seit kurzer Zeit Wanderungsvorgänge und Wanderungsmotive über Zusatzbefragungen beim Meldevorgang. Ähnliche Erhebungen sind mit Beginn des Jahres 1970 auch in München im Rahmen des demographischen Teilmodells vorgesehen.

Aussagen über die Zuzugsmotive nach München lassen sich vorerst nur durch die vorsichtige Übertragung von Ergebnissen der allgemeinen Wanderungsmotivforschung auf Münchner Verhältnisse machen« Mit den Einschränkungen, die sich aus bisher nicht vorliegenden Daten ergeben, können damit zur Motivation des Zuzugs in der Region München nur grobe qualitative Aussagen mit teilweise hypothetischem Charakter getroffen werden:

- o Es lassen sich vier große Wanderungsgruppen unterscheiden, " A r b e i t s p l a t z W a n d e r e r " , " B i l d u n g s w a n d e r e r " " W o h n m i l i e u w a n d e r e r " und " f a m i l i ä r b e d i n g t e W a n d e r u n g e n " .
- o F a m i l i ä r b e d i n g t e W a n d e r u n g e n unterliegen einer zufallsbedingten Streuung. Ihr Anteil ist in allen Regionen ungefähr gleich. Sie können für die weiteren Überlegungen vernachlässigt werden.

o Die Gruppe der A r b e i t s p l a t z w a n d e r e r
zerfällt in vier Motivgruppen, die gekennzeichnet sind
durch die Suche nach

- 1.Arbeitsmöglichkeiten überhaupt;
- 2.besseren Verdienstmöglichkeiten *);
3. Streben nach beruflichem Aufstieg*);
- 4.Sicherheit des Arbeitsplatzes.

Die Motive "Arbeitsmöglichkeiten an sich" und "besserer Verdienst" spielen derzeit keine entscheidende Rolle, erstes hat seit der Vollbeschäftigung jede Bedeutung verloren, letzteres trifft heute bei den inländischen Zuzügen nur noch bei den Wochenendpendlern zu. Bei den inländischen Zuzügen beobachtet man seit dem Beginn der sechziger Jahre eine zunehmende Umorientierung der Wanderungsmotivation in Richtung beruflicher Aufstieg. Die Sicherheit des Arbeitsplatzes ist dabei Begleitmotiv. Die Herkunftsgebiete dieser Wanderungsgruppe sind im wesentlichen Bayern und Süddeutschland. Trotzdem stellt die nach besserem Verdienst strebende Zuzugsgruppe mit Abstand den höchsten Anteil, da zwei Drittel des gegenwärtigen Wanderungsgewinns auf die Zuwanderung von Gastarbeitern zurückgehen, deren ausschließliches Zuzugsmotiv die Suche nach Arbeitsplätzen überhaupt oder das Interesse an gegenüber ihrem Herkunftsland erheblich besseren Verdienstmöglichkeiten ist.

o Die Gruppe der B i l d u n g s - W a n d e r e r -
Zuzug im Verlauf der schulischen Ausbildung oder der
beruflichen Weiterbildung - nimmt unter den
inländischen Wanderungsgewinnen schnell zu.
Einzugsbereich ist der

*) Mit dem Streben nach beruflichem Fortkommen und nach einem qualifizierten Arbeitsplatz ist ein höheres Einkommen nicht zwangsweise verbunden. Die Motivation richtet sich primär auf die Qualifikation und die Wertschätzung des Arbeitsplatzes.

bayerische und der süddeutsche Raum. Der Ausbau der fortführenden Schulen im ländlichen Raum, die allgemein rasch zunehmenden Übertrittsquoten in fortführende Schulen und die zunehmende Bedeutung der beruflichen Fortbildung lassen diese Gruppe in naher Zukunft zur bedeutendsten inländischen Wanderungsgruppe für München werden.

- o Die W o h n m i l i e u W a n d e r e r machen zwar eine vorerst noch kleine, beruflich aber hochqualifizierte und künftig stärker wachsende Zuzugsgruppe aus. Der Anteil der norddeutschen Bundesländer und die Herkunft aus größeren Städten und anderen Verdichtungsräumen ist typisch. Für die Zielwahl werden bei gleich qualifiziertem Arbeitsplatzangebot Motive wie "tolerantes Sozialklima", "attraktive Freizeitmöglichkeiten", "kulturell-geistig anregende Umgebung", "schulische und beruflich bessere Startchancen für die Kinder" genannt. Diese Motivgruppe ist in München stärker als in allen anderen Verdichtungsräumen der BRD ausgeprägt

In der Zusammensetzung der Wanderungsgruppen und in der Veränderung der Wandermotive spiegelt sich die gesellschaftliche Entwicklung der Nachkriegszeit.

Die Suche nach Arbeit wurde abgelöst vom Streben nach besserem Verdienst. Später rückte die Sicherheit des Arbeitsplatzes in den Vordergrund. Heute werden vor allem von der nachwachsenden Generation Verdienststreben und Sicherheit im Interesse des beruflichen Aufstiegs zumindest vorübergehend unterdrückt.

Die Region München bietet sichere Arbeitsplätze in genügend großer Zahl mit einem nach oben überdurchschnittlich breit auslaufenden Stellenkegel. Sie zieht damit Wanderungsströme der verschiedensten Art auf sich.

- o Gastarbeiter auf der Suche nach Arbeit, höherem Verdienst und Devisen,
- o beruflich mäßig qualifizierte Arbeitskräfte aus den ländlichen Räumen Süddeutschlands in ihrem Streben nach einem besseren und sicheren Arbeitsplatz,
- o aufstiegswillige Zuwanderer, vor allem aus zentralen Orten der Unter- und der Mittelstufe mit einer Streuung der Herkunftsgebiete über die ganze Bundesrepublik.

Innerhalb der großen Verdichtungsräume gleicht sich das Arbeitsplatzangebot in Art und Qualifikation immer mehr an. Damit werden für die Wohnstandortwahl, vor allem bei höher stehenden Sozialgruppen, zunehmend mehr Motive des Wohnbereiches entscheidend.

Nach einer soeben beendeten Umfrage unter allen Abiturienten in den Gymnasien der BRD besitzt die Region München unter 80 Regionen der BRD mit Abstand die höchste Wohnortattraktivität, wobei noch vor dem vielgerühmten "Freizeitwert" die "Toleranz" und die "Aufgeschlossenheit des geistigen Klimas" dafür verantwortlich gemacht werden. Aufgrund dieser Standortfaktor an werden die arbeitsplatzbedingten Wanderungsgewinne durch

- o Bildungswanderer aus allen Teilen der Bundesrepublik mit Schwerpunkt der Herkunft aus größeren Verdichtungsräumen,
 - o durch hochqualifizierte Arbeitskräfte, die ebenfalls bevorzugt aus den großen Städten und den Verdichtungsräumen der Bundesrepublik zuziehen,
- verstärkt und allmählich zahlenmäßig übertroffen werden.

Exakte Zahlen zur Stärke der einzelnen Wanderungsgruppen lassen sich leider nicht angeben, da entsprechend umfassende Untersuchungen zur Zeit fehlen.

Z w i s c h e n b i l a n z (III)

Die Analyse der Zuzugsmotive weist als künftig bedeutsamer werdende Wanderungsgruppen "Aufstiegswanderer",

"Bildungswanderer" und "Wohnmilieuwanderer" auf. Sie suchen in München den attraktiven Arbeitsmarkt, das ausgebaute Schulsystem und die angenehme Wohnatmosphäre.

Soweit diese Wanderungsgruppen aus dem ländlichen Raum zuwandern, ist der Stadt München dafür kein Vorwurf zu machen. Die bisherige Förderungspolitik im ländlichen Raum vernachlässigte die Ansiedlung attraktiver Arbeitsplätze des tertiären Bereichs, den Ausbau eines bis zur Hochschule reichenden Schulsystems und die Schaffung angenehmerer Wohnbedingungen durch Abbau überholter sozialer Normen, Bedingungen, die gerade die nachwachsende Generation sucht.

Offen ist die Frage, inwieweit diese Bedingungen unterhalb einer Mindestkonzentration der Bevölkerung überhaupt geschaffen werden können.

IV.

A U S W I R K U N G D E S W A N D E R U N G S G E W I N N S F Ü R D I E S T A D T

Es liegt nahe, in der Diskussion um die Wanderungsgewinne der Verdichtungsräume nach "objektiven" Bewertungsmaßstäben in Form von Kosten-Nutzen-Gegenüberstellungen zu suchen.

Besonders die Region München wird dabei von den Kritikern eines weiteren Wachstums der Verdichtungsräume als "hypertroph" bezeichnet. Dieser Behauptung liegt ein nicht näher definiertes "Optimum" der Verdichtung zugrunde, das im Fall München mit Sicherheit überschritten sei. Als Beweis für diese Behauptung werden die angeblich geringeren pro Kopf-Aufwendungen in den öffentlichen Haushalten kleinerer Städte angeführt, ohne daß dabei auch der Standard der Infrastruktur mitbewertet wird.

Einer derart vordergründigen Argumentation ist jedoch mit größter Skepsis zu begegnen;

Das Instrument der "Kosten-Nutzen-Analyse" läßt sich nur in Bereichen anwenden, in denen ein eindeutig vorgegebenes und in ökonomischen Kategorien ausdrückbares Ziel vorhanden ist. So lassen sich z.B. einzelne Betriebe nach Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten mit dem Ziel der Gewinnmaximierung beurteilen. Für öffentliche Haushalte ist das Instrument der "Kosten-Nutzen-Analyse" bereits erheblich zu modifizieren, da hier unterschiedliche und vielfach nicht quantifizierbare Effizienzkriterien gelten. Bei privaten Haushalten schließlich versagt dieses Instrument, da in die Abwägung der Vor- und Nachteile eines bestimmten Lebensraumes sehr viel allgemeine Vorstellungen von einem erstrebenswerten Leben eingehen, die von Person zu Person erheblich differieren.

Eine "objektive" Abwägung der Vor- und Nachteile des Münchner Wanderungsgewinnes stößt daher auf theoretische Schwierigkeiten. Die Bewertungsgesichtspunkte privater Haushalte, Wirtschaftsunternehmen und öffentlicher Haushalte differieren so, daß ein gesamtwirtschaftliches Optimum kaum zu errechnen ist.

Es ist daher zweckmäßig, in der Beurteilung des Münchner Wanderungsgewinnes vorerst nicht von "Kosten" und "Nutzen" oder von Vor- und Nachteilen zu sprechen, sondern lediglich von Auswirkungen auf die Stadt und ihre Bewohner. Eine Beurteilung dieser Auswirkungen läßt sich ausschließlich im politischen Bereich von der Warte gesellschaftspolitischer Grundeinstellungen vornehmen.

1. Auswirkungen auf private Haushalte:

Der Zuzug in Gebiete mit Wanderungsgewinnen bringt für die zuziehenden Bewohner

- o höheren Verdienst,
- o schnelleren beruflichen Aufstieg,

- o mehr Auswahl in den Schulbildungsmöglichkeiten, o höher qualifizierte Versorgung mit Dienstleistungen, o mehr Kontaktchancen,

- o höhere Wohnungsmieten, o höhere Lebenshaltungskosten, o physische und psychische Belastungen im Verkehr,

um einige wesentliche Bereiche anzuführen. Vor dem Hintergrund subjektiver Werthaltungen ließen sich diese Auswirkungen als Vor- und Nachteile bezeichnen. Über subjektive Einstellungen neu Zugezogener liegen derzeit jedoch keine Untersuchungen vor.

2.Auswirkungen auf die private Wirtschaft;

Für die privaten Wirtschaftsunternehmen im Raum München bedeuten die anhaltenden Wanderungsgewinne

- o eine ständige Anreicherung des Arbeitsmarktes um junge und meist aufstiegswillige, teilweise auch hochqualifizierte Arbeitskräfte,

- o eine Steigerung der Absatzmöglichkeiten durch zusätzliche vorwiegend kaufkräftige Konsumenten (hohe Erwerbsquote, gut bezahlte Berufe),

- o eine Steigerung der Vermögenswerte, hier vor allem von Grundstücken und Gebäuden, da durch den Zuzug die Knappheit auf dem Immobilienmarkt aufrecht erhalten wird.

Ohne detaillierte "Kosten-Nutzen-Berechnungen" vorlegen zu können, scheinen mit den Wanderungsgewinnen also ökonomische Vorteile verbunden zu sein. Besonders deutlich treten sie auf dem Immobilienmarkt hervor. Die ständige Anreicherung des Arbeitsmarktes entbinden

den Unternehmer von der unbedingten Notwendigkeit, seinen Betrieb oder Teile des Betriebes und damit u.U. langfristig festgelegte Kapitalien zu verlegen. Er kann zwischen Arbeitskraft und Kapital als bedeutsame Produktionsfaktoren weitgehend wählen. Der einzelne Betrieb trägt außerdem nur einen Teil der Infrastrukturkosten seiner neu zuziehenden Arbeitskräfte über seine Steuerleistungen an die Gemeinde.

3. Auswirkungen auf die kommunalen Investitionen:

Auf die beschränkte Anwendbarkeit von "Kosten-Nutzen-Analysen" im Bereich öffentlicher Haushalte wurde bereits hingewiesen. Berücksichtigt man jedoch die Grenzen der Aussagekraft, enthält eine "Kosten-Nutzen-Bilanz" des Wanderungsgewinnes eine Reihe bedeutsamer Erkenntnisse. So würde z.B. der Vergleich zwischen privatem und öffentlichem Nutzen von Wanderungsgewinnen Anhaltspunkte für eine sinnvolle Folgelastverteilung zwischen privater Wirtschaft, staatlichen und kommunalen Haushalten geben.

Keinesfalls ließe sich aus dieser Gegenüberstellung jedoch ein Urteil über die Zweckmäßigkeit von Wanderungsgewinnen im allgemeinen ableiten. Das Instrument der "Kosten-Nutzen-Analyse" bietet zwar Vergleichsmaßstäbe innerhalb vorgegebener Zielvorstellungen, also Kostenvergleiche innerhalb eines vorgegebenen Siedlungsleitbildes, kann aber nicht über die Zweckmäßigkeit von Zielvorstellungen an sich befinden. Darüber ist im gesellschaftspolitischen Bereich zu befinden.

Eine "Kosten-Nutzen-Berechnung" für Wanderungsgewinne bezogen auf kommunale Haushalte läßt sich gegenwärtig leider nicht vorlegen. Dazu fehlen bisher entsprechende Daten aus der Wanderungsstatistik über Bildungsstand,

berufliche Qualifikation, frühere und jetzige Arbeitsstätte zuziehender Personen. Es fehlen außerdem Erfahrungen über die spezifische Inanspruchnahme kommunaler Infrastruktureinrichtungen durch neu zugezogene Personen. Weiter sind die Zusammenhänge zwischen direkter und indirekter Steuerleistung neu zugezogener Personen gegenwärtig nicht hinreichend geklärt. Die Aussagen zu dieser Frage müssen sich daher auf einige allgemeine Aspekte beschränken*).

Aufgrund der demographischen Zusammensetzung des Wanderungsgewinnes (junge Altersgruppen, alleinstehend, hohe Erwerbsquote) ist anzunehmen, daß Infrastruktureinrichtungen, wie Krankenhäuser, Altenheime, Volksschulen, Kindergärten und andere soziale Einrichtungen unterdurchschnittlich, Verkehrswege und fortführende Schulen dagegen überdurchschnittlich beansprucht werden. Die Nachfrage nach Wohnungen und damit die Anforderungen an Nachfolgelasten beim Siedlungsbau ist anfänglich gering, wird jedoch nach einer bestimmten Anwesenheitsdauer nach erfolgter Familiengründung besonders bedeutsam. Der Beitrag neu zuziehender Personen zum Steueraufkommen der Stadt ist über den kommunalen Anteil an der Lohnsteuer (hohe Erwerbsquote) und indirekt über die wirtschaftliche Expansion der Betriebe und die Konsumausgaben der zugezogenen Personen überdurchschnittlich hoch, sinkt später aber entsprechend der Veränderung des demographischen Status (Absinken der Erwerbsquote und der Konsumausgaben bei vollzogener Familiengründung) stark ab.

"Kosten-Nutzen-Berechnungen" für Wanderungsgewinne müssen also dynamisch gesehen werden. Die späteren Folgekosten nach Veränderung des Familienstandes müssen bereits beim Erstzuzug berücksichtigt werden.

Die Berechnung der kommunalen Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Infrastruktureinrichtungen durch neu zu-

*) Im Rahmen des Stadtforschungsprogrammes "demographisches Teilmodell" wird dieser Frage jedoch ein breiter Raum gewidmet sein.

gezogene Personen muß ebenfalls differenziert vorgenommen werden. Bereits ausgelastete Infrastruktureinrichtungen erfordern bei weiterem Bevölkerungswachstum kostspielige Neuanlagen. In diesem Fall lösen Wanderungsgewinne teure Neuinvestitionen aus. Vorgehaltene und zur Zeit nicht voll ausgelastete Infrastruktureinrichtungen werden dagegen bei einer Erhöhung der Nachfrage durch Wanderungsgewinne rentabler.

Eine Sonderstellung nehmen gegenwärtig die Ausländer als bedeutsamste Gruppe des Münchner Wanderungsgewinnes bei der Diskussion der Belastung ein. Ihr Anteil am Steueraufkommen ist den inländischen Wanderungsgewinnen gleichzusetzen. Die Inanspruchnahme kommunaler Infrastrukturen ist gegenwärtig jedoch vergleichsweise gering. Diese Situation kann sich jedoch in absehbarer Zeit verändern, wenn zunehmend höhere Anteile von ausländischen Arbeitskräften mit Familien zuwandern und auch längere Zeit im Gastland bleiben werden. Die damit zusammenhängenden Probleme sollen in einer detaillierten Untersuchung des Ausländerproblems aufgezeigt werden.

Z w i s c h e n b i l a n z (IV)

Vordergründige Vergleiche zwischen den pro-Kopf-Ausgaben der kommunalen Haushalte in Verdichtungsräumen und in ländlichen Gemeinden sind kein geeignetes Mittel, um in die Diskussion über die Wanderungsgewinne der Verdichtungsräume mehr Rationalität einzuführen. Selbst differenzierte "Kosten-Nutzen-Analysen" zum Wanderungsgewinn und seinen Auswirkungen auf öffentliche Haushalte, wie sie zur Zeit aufgrund der schlechten Datenlage nicht möglich sind, können nur innerhalb eines politisch vorgegebenen Siedlungsleitbildes als Entscheidungshilfe herangezogen werden. Ein für die Industriegesellschaft passendes Siedlungsleitbild ist zur Zeit jedoch nicht erarbeitet.

Gesamtökonomische Kosten-Nutzen-Betrachtungen zum Problem der Wanderungsgewinne verbieten sich aus theoretischen Gründen, da für den privaten Nutzen (Gewinnmaximierung) andere Kriterien als für den öffentlichen Nutzen (sozialen Nutzen) gelten.

V.

K O M M U N A L P O L I T I S C H E
S T E U E R U N G S I N S T R U M E N T E Z U R
B E E I N F L U S S U N G

Zur Beeinflussung der Höhe und der Zusammensetzung des Wanderungsgewinns bieten sich folgende Steuerungsinstrumente an:

1. Zuzugsbeschränkung
2. Sonderbelastung neu Zuziehender
3. Verlangsamung der wirtschaftlichen Entwicklung
4. Drosselung des Wohnungsbaus
5. langsamere Verbesserung der Infrastruktur
6. Verminderung des Freizeitwertes

Diese Instrumente liegen unmittelbar in der Verfügungsgewalt der Stadt. Sie sind im folgenden auf ihre Praktikabilität, ihre Effizienz und ihre ungeplanten Folgewirkungen zu prüfen.

A. UNMITTELBARE EINFLUßNAHME

1. Die unmittelbare Kontrolle des Zuzugs mit dem Ziel einer totalen oder selektiven Beschränkung stößt auf rechtliche Grenzen. Sie würde den fortschreitenden Liberalisierungstendenzen im Niederlassungsrecht zuwiderlaufen. Im einzelnen ergibt die Prüfung des rechtlichen Instrumentariums:

- o Bei Ausländern, die nicht Staatsangehörige von Mitgliedsstaaten der EWG sind, besteht nach dem Ausländergesetz die Möglichkeit, die Aufenthaltserlaubnis zeitlich und räumlich zu beschränken (vgl § 7 Ausl. G.). Art und Umfang dieser Beschränkungen sind im Gesetz nicht festgelegt und damit dem Ermessen der Ausländerbehörden anheimgestellt, die bei Prüfung der Notwendigkeit und der Verhältnismäßigkeit die besondere Situation einer bestimmten Gemeinde berücksichtigen können. Es könnte daher in Erwägung gezogen werden, daß die Landeshauptstadt München unter Nachweis der kommunalen Problemsituation, die durch den ständigen Strom von ausländischen Arbeitskräften entsteht, an den Bundesinnenminister mit der Bitte herantritt, die Ausländerbehörden anzuweisen, Aufenthaltserlaubnisse für den Raum München zukünftig nur noch in beschränktem Umfang zu erteilen. Derartige Maßnahmen würden jedoch eine weitreichende Abstimmung mit der Bundesanstalt für Arbeit und mit den Organisationen der Wirtschaft erfordern. Sie könnten wohl nur im gesamten Raum München und nicht auf die Stadt beschränkt wirksam werden.
- o Ausländer, die als Staatsangehörige eines Mitgliedstaates der EWG in der Bundesrepublik Deutschland einer Erwerbstätigkeit nachgehen, können nach dem Gesetz über Einreise und Aufenthalt von Staatsbürgern der Mitgliedsstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in ihrer Bewegungsfreiheit grundsätzlich nicht mehr eingeschränkt werden. Auch eine zeitliche Beschränkung ihrer Aufenthaltserlaubnis zu dem Zweck, einzelne Gemeinden vor den Folgen einer unverhältnismäßig hohen Zuwanderung zu bewahren, scheidet aus. Es bestehen daher praktisch keine rechtlichen Handhaben, den Zuzug dieser Personen nach München zu steuern, solange sie hier den Verdienst ihres Lebensunterhaltes nachweisen können. Gleiches gilt für ihre Familienangehörigen unter der Voraussetzung, daß diese in München eine angemessene Wohnung vorweisen können, (vgl. § 7 Aufenth.G/EWG).
- o Deutsche i.S. des Art. 116 GG genießen Freizügigkeit gem. Art. 11 GG. Voraussetzungen, unter denen dieses Grundrecht eingeschränkt werden könnte liegen nicht vor. Eine direkte Einflußnahme auf die Zuwanderung Deutscher nach München ist daher nicht gegeben.
- o Den Deutschen gleichgestellt sind gem. § 12 des Gesetzes über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer

im Bundesgebiet, die sog. "displaced persons", d.h. die Ausländer und ausländischen Flüchtlinge, die in der Zeit nach Beendigung des zweiten Weltkriegs durch die von der UN eingerichtete Internationale Hilfsorganisation für Flüchtlinge betreut wurden. Auch ihnen ist Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet gesetzlich gewährleistet, so daß auch sie grundsätzlich keinen Aufenthaltsbeschränkungen unterworfen werden können.

Neben den rechtlichen Schwierigkeiten einer Zuzugsbeschränkung wären die Zweckmäßigkeit und die dadurch ausgelösten Folgewirkungen im Detail zu prüfen. (vgl. Kap. IV) Mit Sicherheit wären nachteilige Folgen für die bereits in München wohnende Bevölkerung und die ansässigen Unternehmen zu erwarten, da die Entwicklung und die Wirtschaftskraft entscheidend von der Verfügbarkeit von Arbeitskräften abhängt.

1 . E i n e s t e u e r r e c h t l i c h e
S o n d e r b e l a s t u n g n e u z u z i e h e n d e r
P e r s o n e n i s t e b e n f a l l s n i c h t m ö g l i c h , d a s i e d e m G r u n d s a t z d e r
S t e u e r g l e i c h h e i t w i d e r s p r i c h t .

Für die Grundsteuer und die Gewerbesteuer ist nach § 21 Abs. 2 GrStG und § 16 Gew. StG. festgelegt, daß die Hebesätze dieser Steuern für alle in einer Gemeinde vorhandenen Unternehmen gleich hoch sein müssen. Hinsichtlich der übrigen gemeindlichen Steuern und sonstigen Abgaben ist auf § 8 des heute noch geltenden Freizügigkeitgesetzes vom 1.11.1867 zu verweisen, der bestimmt, daß eine Gemeinde nicht befugt ist von neu Anziehenden wegen des Anzugs eine Abgabe zu erheben."

Indirekt treffen den neuzuziehenden Personenkreis ohnehin größere Belastungen:

- o anfänglich doppelte Haushaltsführung
- o lange Wartezeiten auf sozial geförderte Wohnungen,
- o mehrfache, kostspielige Umzüge, bis eine familiengerechte, im Mietpreis erträgliche Wohnung gefunden wird,
- o geringe Inanspruchnahme der kommunalen Einrichtungen, wie Schulen, Krankenhäuser, Altersheime, aber hoher Beitrag zum Sozialprodukt und zum kommunalen Steueraufkommen durch hohe Erwerbsquoten-

Besonders die Wanderungsgruppen vom Typ "Gastarbeiter" und vom Typ "beruflich aufstiegswilliger Personenkreis", die zusammen 2/3 des gesamten Wanderungsgewinnes ausmachen, stellen nur geringe Infrastrukturansprüche, tragen jedoch in starkem Maße zum kommunalen Steueraufkommen bei.

B. MITTELBARE EINFLUßNAHME

1. Die w i r t s c h a f t l i c h e
E n t w i c k l u n g d e r S t a d t kann durch kommunalpolitische Maßnahmen mittelbar beeinflusst werden. Als Steuerungsinstrumente unterschiedlicher Wirksamkeit stehen zur Verfügung?

- o Heraufsetzung der steuerlichen Hebesätze
- o Verteuerung der kommunalen Infrastruktur
- o restriktive Ausweisung von Gewerbe- und Industrieflächen in der Bauleitplanung
- o Belastung von Betriebserweiterungen und Betriebsneugründungen mit Nachfolgekosten
- o verlangsamter Ausbau der Infrastruktur,

insbesondere des Verkehrsnetzes mit dem Ziel, die Standortgunst der Wirtschaftsunternehmen nachteilig zu beeinflussen

- o negative Wirtschaftsförderungspolitik bis hin zu einer geringen Image-Pflege

Mit der Verlangsamung des Wirtschaftswachstums ist eine Drosselung der Wanderungsgewinne allerdings nur in den Bereichen zu erreichen, in denen die Nachfrage nach Arbeitskräften eindeutig den Zuzug von Arbeitskräften auslöst. Für eine Reihe von Betrieben und Betriebsabteilungen, vor allem des "tertiären Sektors" wäre zu prüfen, ob hier der Zuzug von qualifizierten Arbeitskräften der wirtschaftlichen Entwicklung nicht zeitlich vorausläuft. Durch den Zuzug qualifizierter Arbeitskräfte entsteht ein Arbeitsmarkt, der hervorragende Standortbedingungen für die wirtschaftliche Expansion im Raum München schafft. In der Zusammensetzung des Wanderungsgewinns verzeichnen gerade die Wanderungsgruppen steigende Anteile, deren Zuzug primär aus Gründen des Wohnwertes erfolgt. Restriktive wirtschaftspolitische Maßnahmen der Stadt würden daher die Zuwanderung dieser Gruppen ebenso wie die immer größer werdende Gruppe der "Bildungswanderer" nur wenig beeinflussen .

Mit Sicherheit würden die restriktiven wirtschaftspolitischen Instrumentarien aber nachteilige Auswirkungen auf bereits in München ansässige Wirtschafts- Unternehmen haben. Es ist daher zumindest nicht auszuschließen, daß von den Folgen restriktiver Maßnahmen die bereits in München seit langem ansässigen Bürger durch die Minderung ihrer beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten und durch ein langsames Wachstum ihrer Einkommen in gleicher Weise, wenn nicht stärker als

die neuzuziehenden. Personen betroffen würden.

Die in Zukunft stark expansiven, vorwiegend beschäftigtenintensiven Arbeitsstätten des Dienstleistungssektors werden durch steuerliche Maßnahmen und durch eine einschränkende Flächenausweisung in der Bauleitplanung nur teilweise betroffen. Ein Teil der Arbeitsstätten des Dienstleistungssektors ist nicht gewerbesteuerpflichtig. Ihr Standort kann in der Baunutzungsverordnung nicht immer geregelt werden.

2. Die Steuerung des Wanderungsgewinns über den Wohnungsmarkt durch eine Verlangsamung des Wohnungsbaus ist mit Sicherheit ein zweiseitiges Verfahren.

Die kommunalpolitische Beeinflußbarkeit des Wohnungsmarkts beschränkt sich primär auf den öffentlich geförderten Wohnungsbau, dessen Anteil zur Zeit nur den kleineren Teil des gesamten Neubauvolumens der Stadt ausmacht. Über die Bauleitplanung ist der Wohnungsbau erfahrungsgemäß nur indirekt zu steuern. Die Möglichkeiten sind dadurch stark eingeschränkt, daß der größte Teil der Stadtfläche mit übergeleitetem Baurecht belegt ist.

An der Wirkung einer restriktiven Wohnungsbaupolitik auf den Zuzug von Personen ist aus der bisherigen Kenntnis der Wanderungsvorgänge erheblich zu zweifeln. Der größte Teil der zuziehenden Personen zählt erst nach vielen Jahren, ein großer Teil überhaupt nie zum Kreis der Bewerber um öffentlich geförderte Wohnungen. Weder die ausländischen Arbeitskräfte, (z.Z. mehr als die Hälfte des gesamten Wanderungsgewinns) noch die große Zahl der jungen, alleinstehenden

Personen unter den Zuwanderern (mehr als 70 % sind alleinstehend) treten zur Zeit als Konkurrenten um öffentlich geförderte Wohnungen und Wohnungen überhaupt auf. Zwar wird ein Teil der ursprünglich alleinstehend zuziehenden Personen nach einigen Jahren eine Wohnung suchen. Seit dem ursprünglichen Zuzug sind dann aber mehrere Jahre vergangen. Die Integration in die Arbeitswelt, in die soziale Umwelt und in die Stadt ist dann längst erfolgt. Die Verknappung des Wohnungsangebots in München würde jedoch nur in den seltensten Fällen die Wiederabwanderung dieser Personen auslösen. Sehr viel wahrscheinlicher würde sich dadurch die Zahl der Notfälle aus alteingesessenen Bevölkerungsgruppen erhöhen. Für den unwahrscheinlichen Fall einer Abwanderung würden zuerst Alternativen im Umland der Stadt, allenfalls der Umzug in andere Verdichtungsräume, nie aber eine Rückwanderung in das ursprüngliche Herkunftsgebiet überlegt.

Die Verknappung des Wohnungsangebots wirkt sich also höchstwahrscheinlich nicht auf den Zuzug aus. Das Studium der Wanderungsentschlüsse zeigt, daß beim Erstzuzug in den Verdichtungsraum München die künftigen Wohnungsmöglichkeiten nicht oder nur am Rande überlegt werden. Sie spielen in den Motivationen der wandernden Personen keine Rolle. Das Wohnungsproblem wird erst in einer viel späteren Phase nach dem Erstzuzug bedeutsam. Dann ist die Einbürgerung aber bereits vollzogen. 3

3. Eine langsamere Verbesserung der Infrastruktur würde sich vor allem im Bereich der Schulversorgung wahrscheinlich hemmend auf den Zuzug von "Bildungswanderern" auswirken. Die

anderen kommunalen Infrastruktureinrichtungen dagegen werden beim Zuzugsentschluß der Zuwanderer kaum bewertet, So fühlen sich z.B. gerade die neuzugezogenen Personen von schlechten Verkehrsverhältnissen vergleichsweise weniger beeinträchtigt. Ihre mehr innenstadtnahe Wohnlage und ihr jugendliches Alter machen Verkehrserschwernisse eher erträglich. Andere kommunale Gemeinschaftseinrichtungen, wie Krankenhäuser, Altersheime u.ä. werden von diesem Personenkreis auf Grund ihrer demographischen Merkmale unterdurchschnittlich gebraucht und daher auch nicht stark bewertet. Die Qualität und die Ausstattung mit fortführenden Schulen und beruflichen Fortbildungseinrichtungen hingegen bietet ein wirksames Mittel, um den Zuzug von Bildungswanderern zu verlangsamen. Hier ist allerdings auch die Standortpolitik des Staates für staatliche Bildungseinrichtungen angesprochen. Die Wirkung auf die Schulversorgung der bereits ansässigen Bevölkerung wäre auch hier wieder zu prüfen.

4. D i e V e r m i n d e r u n g d e s F r e i z e i t w e r t e s als Instrument zur Beeinflussung der Zuwanderung hat allenfalls theoretische Bedeutung. Der Freizeitwert der Stadt ist in erster Linie durch landschaftliche Vorzüge gegeben. Soweit es sich um innerstädtische Freizeitattraktionen handelt, sind diese überwiegend in der Verfügungsgewalt privater Initiativen. Bleibt als Möglichkeit, den Zugang zu den Erholungsmöglichkeiten zu erschweren. Dies würde aber wiederum die bereits ansässige Bevölkerung der Stadt und nicht nur die Zuwandernden treffen und den gegenwärtig verbreiteten politischen Forderungen nach einer Öffnung der Zugänglichkeit sowie dem Verfassungsgebot des Art. 141 Abs. 3 Bay.Verf. entgegenlaufen.

C. REGIONALPOLITISCHE MAßNAHMEN

1. A b l e n k u n g d e r W a n d e r u n g s - g e w i n n e i n d i e R e g i o n

Familiengerechter, im Mietpreis erträglicher Wohnungsbau wird innerhalb der Stadt München in den kommenden Jahren nur noch in engen Grenzen möglich sein. Die Stadt München gibt jetzt bereits einen beträchtlichen Teil ihres Wanderungsgewinns an die Region ab. Das Umland der Stadt wird daher in Zukunft weit schneller als die Kernstadt wachsen. Die Region ist durch einen mit der Stadtentwicklungsplanung und der Bauleitplanung der Gemeinden abgestimmten Regionalentwicklungsplan zur Übernahme dieser Aufgabe vorbereitet.

Das regionale Siedlungskonzept ist auf die Verbindung mit der Kernstadt über ein leistungsfähiges öffentliches Massenverkehrsmittel abgestellt. Darüber hinaus entwickelt die Stadt München seit Jahren Initiativen zur stärkeren Zusammenarbeit zwischen Stadt und Region in den Bereichen Abwasser, Wasser, Müll, Energieversorgung, Schul-, Krankenversorgung u.ä. Zur gemeinsamen Bewältigung der starken Nachfrage nach Wohnraum wurde erst vor kurzem die "Regionalisierung" der städtischen öffentlichen Wohnungsbauförderungsmittel angeregt.

Die Ableitung der Wanderungsgewinne der Stadt in die Region ist zwar ein Steuerungsinstrument, um

die hemmenden Einflüsse der gegenwärtigen Bodengesetzgebung zu mildern. Eine Abschwächung der Dynamik wird dadurch jedoch nicht erreicht. Vor allem sind die Gemeinden der Region in ihrer Verwaltungskraft und ihrer Finanzausstattung auf die drängende Nachfrage nicht besser als die Stadt vorbereitet.

2. V e r b e s s e r u n g d e r L e b e n s b e d i n g u n g e n i n d e n H e r k u n f t s g e b i e t e n

Als wohl einziges tatsächlich wirksames Steuerungsmittel zur Abschwächung der Wanderungsgewinne der Stadt München sind regionalpolitische Maßnahmen in den Herkunftsgebieten der zuziehenden Personen anzusehen.

Der überwiegende Teil des Münchner Wanderungsgewinns stammt aus dem Ausland und anderen Bundesländern, auf deren Regionalpolitik die Stadt keinen Einfluß hat.

Aus der Analyse der Wanderungsvorgänge wird deutlich, daß die gegenwärtigen regionalpolitischen Maßnahmen zur Strukturverbesserung in Abwanderungsgebieten, insbesondere in Bayern nicht geeignet sind, das weitere Anwachsen der Verdichtungsräume zu verhindern. Die nach München zuziehenden Personen suchen städtische Lebensbedingungen in ihrer Arbeitswelt, in ihrer Wohnweise, in ihrer Erholung und ihrer kulturellen und sozialen Umwelt. Diese lassen sich in den Herkunftsgebieten der Wanderungsgewinne nur durch die Neuschaffung gut erreichbarer Oberzentren anbieten.

Die bisherige Förderungspolitik förderte jedoch vorwiegend kleine und kleinste Zentren. Sie konzentrierte sich auf vorwiegend einfache Arbeitsplätze des produzierenden Bereichs und hatte als oberstes Ziel, die Erhaltung der agrargesellschaftlichen Siedlungsstruktur.

Die Schaffung von Oberzentren als Standorte zeitgemäßer Infrastruktureinrichtungen bedeutet dagegen:

Förderung von Arbeitsplatzansiedlungen qualifizierter Art, vorwiegend im tertiären Sektor, verstärkten Ausbau einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur zur Verbindung unter den Oberzentren, Ausbau eines hochqualifizierten Schulsystems und Konzentration der Maßnahmen auf wenige Standorte. Damit möglichst alle Bewohner in erträglicher Zeit an diesen Einrichtungen teilhaben können, wird es notwendig sein, die gegenwärtige Siedlungsstruktur auf infrastrukturelle Vorzugslinien zu verdichten.

Da ein solches Konzept bisher jedoch fehlt, und auch erst allmählich seine Wirkungen zeigen würde, wird die Stadt München gut beraten sein, auch in den kommenden Jahren mit weiteren Wanderungsgewinnen zu rechnen.

Z w i s c h e n b i l a n z (V)

Die kritische Beurteilung der möglichen Instrumente zur restriktiven Beeinflussung der Zuwanderung durch kommunalpolitische Maßnahmen macht deutlich, daß die

Instrumente wenig effizient und wenig praktikabel sind. Eine aufeinander abgestimmte gemeinsame Anwendung würde vielleicht eine langfristig retardierende Auswirkung auf den Wanderungsgewinn der Stadt wahrscheinlich machen. Die Vielzahl der unerwünschten Nebenwirkungen für die bereits in München ansässigen Bürger und Wirtschaftsunternehmen könnte den bescheidenen Effekt jedoch keinesfalls rechtfertigen. Die auf das Stadtgebiet der Stadt München beschränkte Anwendung der möglichen Instrumentarien wäre außerdem wirkungslos, da die Probleme nur ins Umland der Stadt verlagert würden. Für eine gemeinsame Aktion in Stadt und Umland fehlen zur Zeit die rechtlichen und institutionellen Voraussetzungen. Damit bleibt als einzig wirksames Steuerungsmittel ein auf die Schaffung neuer Oberzentren und leistungsfähiger Regionen abgestelltes Landesentwicklungsprogramm, dessen Auswirkungen sich allerdings erst langfristig zeigen werden.

VI.

S C H L U S S B I L A N Z

Abschließend kann zu den in Kapitel I formulierten Kritiken am Wanderungsgewinn der Stadt München aus der besseren Kenntnis der Wanderungsvorgänge und nach eingehender Prüfung der Wirksamkeit möglicher Steuerungsmittel zur Beeinflussung des Wanderungsgewinnes wie folgt Stellung genommen werden:

- o Die Stadt München betreibt keine expansive, subventionierte Wirtschaftsförderungspolitik. Im Zeitraum 1967/68 haben sich ganze zwei Industriebetriebe mit weniger als 50 Beschäftigten in München niedergelassen. Soweit die Wanderungsgewinne der Stadt durch ihr Wirtschaftswachstum ausgelöst werden, handelt es sich um Erweiterungen bereits ansässiger Unternehmen. Dabei wirken sich die vielseitigen Standortvorteile verdichteter Siedlungsstrukturen offenbar vorteilhaft aus. Dies gilt vor allem für die Arbeitsstätten des "tertiären Bereiches", in denen gegenwärtig und vor allem künftig der größte Teil des Arbeitsplatzzuwachses stattfinden wird.

Es gibt eine Reihe von Anhaltspunkten, daß für bestimmte, in Zukunft wachsende Zuwanderungsgruppen nicht mehr das Arbeitsplatzangebot, sondern die Qualität des Wohnumfeldes das primäre Zuzugsmotiv darstellt. Damit läuft der Zuzug vorwiegend hochqualifizierter Arbeitskräfte dem Wirtschaftswachstum zeitlich voraus, verbessert die Standortbedingungen der Unternehmen über einen attraktiven Arbeitsmarkt und leitet somit erst in der Folge weiteres Wirtschaftswachstum ein*).

Die Qualität der Wohnbedingungen ist vielmehr entscheidend vom Standard der kommunalen Infrastruktur abhängig. Teure Infrastrukturen lassen sich wiederum nur bei einer Mindestverdichtung der Bevölkerung rationell anbieten, wie sie gegenwärtig in weiten Landesteilen nicht anzutreffen ist.

Die Stadt verstößt somit nicht gegen die erklärten Ziele der Landesplanung, sondern trägt nur die Folgen dieser Regionalpolitik, indem sie die Personen

*) Damit trifft die Kritik an der vermeintlich expansiven Wirtschaftspolitik der Stadt überhaupt nicht mehr zu.

aufnimmt, deren berechnete Lebensinteressen offensichtlich in ihren Herkunftsgebieten nicht erfüllt werden können.

- o Als Folge anhaltender Wanderungsgewinne erhöht sich in der Stadt die Nachfrage nach kommunalen Infrastruktureinrichtungen, die bei der gegenwärtigen Finanzausstattung der Stadt nur schwer rechtzeitig bereitgestellt werden können.

"Kosten-Nutzen-Analysen" zur Berechnung der Folgekosten von Wanderungsgewinnen können die ungenügende Ausstattung kommunaler Haushalte für diese Aufgaben deutlich machen. Sie sind aber keinesfalls dazu geeignet, über die Zweckmäßigkeit von Wanderungsgewinnen und damit verbundenen Änderungen in der Siedlungsstruktur und den Lebensbedingungen an sich zu urteilen. In die Beurteilung dieser Fragen gehen hochkomplexe, nicht quantifizierbare und nicht in ökonomischem Nutzen zu messende Zielvorstellungen von einem erstrebenswerten Leben des Menschen ein, über die nur im politischen Bereich entschieden werden

Das Instrument der "Kosten-Nutzen-Analyse" wäre auch geeignet, die Zweckmäßigkeit der derzeitigen Steuerverteilung zwischen Kommunen und Staat nach Maßgabe der Aufgabenteilung zu prüfen. Das Ergebnis könnte sein, daß der Staat aus der Wirtschaftskraft der Verdichtungsräume eher steuerlichen Nutzen zieht, die kommunalen Haushalte aber eher die Folgekosten der Wanderungsgewinne zu tragen haben.

- o Es ist richtig, daß durch das starke Wachstum der Stadt nicht immer die erwünschten Planungszeiträume zur Vorbereitung und Durchführung notwendiger Projekte gegeben sind. Die Stadt München ist daher nicht zuletzt aus diesem Grunde daran interessiert, ihr Wachstum zu verlangsamen.

Damit würde auch mehr Zeit für die allmähliche Integration der neu zuziehenden Personengruppen zur Verfügung stehen. Der Begriff "Überfremdung" entstammt allerdings einer konservativen Abwehrhaltung gegenüber allen Neuerungen. Im positiven Sinne kann er also nur die bewußte Integration fremder Personen in eine neue soziale Umwelt bedeuten. Diese vollzieht sich umso schneller, je offener und aufgeschlossener die sozialen Strukturen im Aufnahmegebiet gestaltet sind. Dem Wesen der Stadt München entsprechend sollte eine möglichst große Aufnahmebereitschaft die anzustrebende Norm sein.

Die Erhaltung "wertvoller Stadtsubstanz" ist keine Frage der Dynamik der Stadt. Hier scheint es in erster Linie notwendig zu sein, andere Planungsverfahren

zu erarbeiten. Erfahrungsgemäß zerfallen in stagnierenden Stadt- und Wirtschaftsräumen historische Bauwerke viel schneller, in entwicklungskräftigen Städten werden sie allerdings manchmal vorschnell beseitigt. Wirtschaftskraft ist aber zumindest eine wesentliche Voraussetzung für die meist kostspielige Erhaltung und Erneuerung historischer Stadtsubstanz.

- o Auch der Vorwurf, mit der Zuwanderung nach München parteipolitische Ziele zu verfolgen, trifft nicht. Die Studien über die Aufbruchentschlüsse wandernder Personen weisen nach, daß Voraussetzung für den Entschluß zur Abwanderung die Abkehr von konservativen Grundeinstellungen ist. Der Wandel vollzieht sich also bereits im Herkunftsgebiet. So ist es auch zu erklären, daß immer mehr wandernde Personen der nachwachsenden Generation die "Aufgeschlossenheit des Sozialraumklimas" im angestrebten neuen Wohnort als ein wesentliches Wanderungsmotiv angeben.
- o Die Prüfung der Steuerungsinstrumente zur Beeinflussung des Wanderungsgewinnes macht deutlich, daß der Stadt München im kommunalpolitischen Bereich enge Grenzen gesetzt sind. Speziell für die Stadt München anwendbare Gesetze zur Niederlassungsbeschränkung oder zur steuerlichen Sonderbelastung der Wanderungsgewinne bestehen kaum. Indirekte Maßnahmen der Wirtschaftspolitik, der Bauleitplanung, des Wohnungsbaus usw. treffen die bereits ansässige Bevölkerung unter Umständen härter als die neu zuziehende. Bleiben als wirksame Steuerungsmittel regionalpolitische Maßnahmen in den Herkunftsgebieten der Wanderungsgewinne und in der Region München als Verteilergebiet, auf die die Stadt keinen oder nur sehr geringen Einfluß nehmen kann.
- o Generell muß man jedoch annehmen, daß auch in Zukunft eine zumindest maßvolle Verdichtung der Bevölkerung und der Siedlungsstruktur eine wesentliche Voraussetzung für den rationellen Betrieb zunehmend teurer werdender Infrastruktureinrichtungen sein wird und daß davon ein steter Verdichtungsimpuls aufrecht erhalten wird.

Die politische Diskussion um Wanderungsgewinne und Wanderungsverluste bleibt letztlich jedoch so lange ohne sicheres Fundament und deshalb mit Polemik behaftet, so lange kein neues, zukunftsweisendes und von einer breiten Mehrheit getragenes Siedlungsleitbild für Bayern erarbeitet ist. Die Konzeption eines solchen Leitbildes ist an folgende zwei grundsätzliche Voraussetzungen geknüpft:

1. Mehr wissenschaftliche Forschung über die gegenwärtig ablaufenden Wanderungsprozesse, ihre gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ursachen sowie ihre gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Konsequenzen.
2. Breite und permanente Diskussion über anzustrebende Wertordnungen und die daraus abzuleitenden Zielvorstellungen für die Organisation des Lebensraumes der Menschen und zwar in allen gesellschaftlichen und politischen Gruppierungen.

Die Verwirklichung der gefundenen Zielvorstellungen wird grundsätzlich Folgerungen haben und bisherige Tabus brechen müssen:

- o Eine tiefgreifende Gebiets- und Verwaltungsreform ist nicht mehr aufschiebbar; die bisherige Negativplanung im überörtlichen Bereich wird durch die Übertragung von Vollzugsaufgaben auf Planungsverbände zwischenzeitlich ergänzt werden müssen.
- o Ausreichende finanzielle Mittel müssen für die Verwirklichung der überörtlichen Planung durch Ausgabenbindungen bereitgestellt werden. Die umfassende Koordination aller staatlichen und kommunalen Investitionen über wirksame Kontrollinstrumente ist eine wesentliche Bedingung, um ein neues, der Industriegesellschaft angemessenes Siedlungsleitbild zu verwirklichen.

Karte der statistischen Regionen der Bundesrepublik Deutschland
 (Bundesraumordnungsbericht 1968)

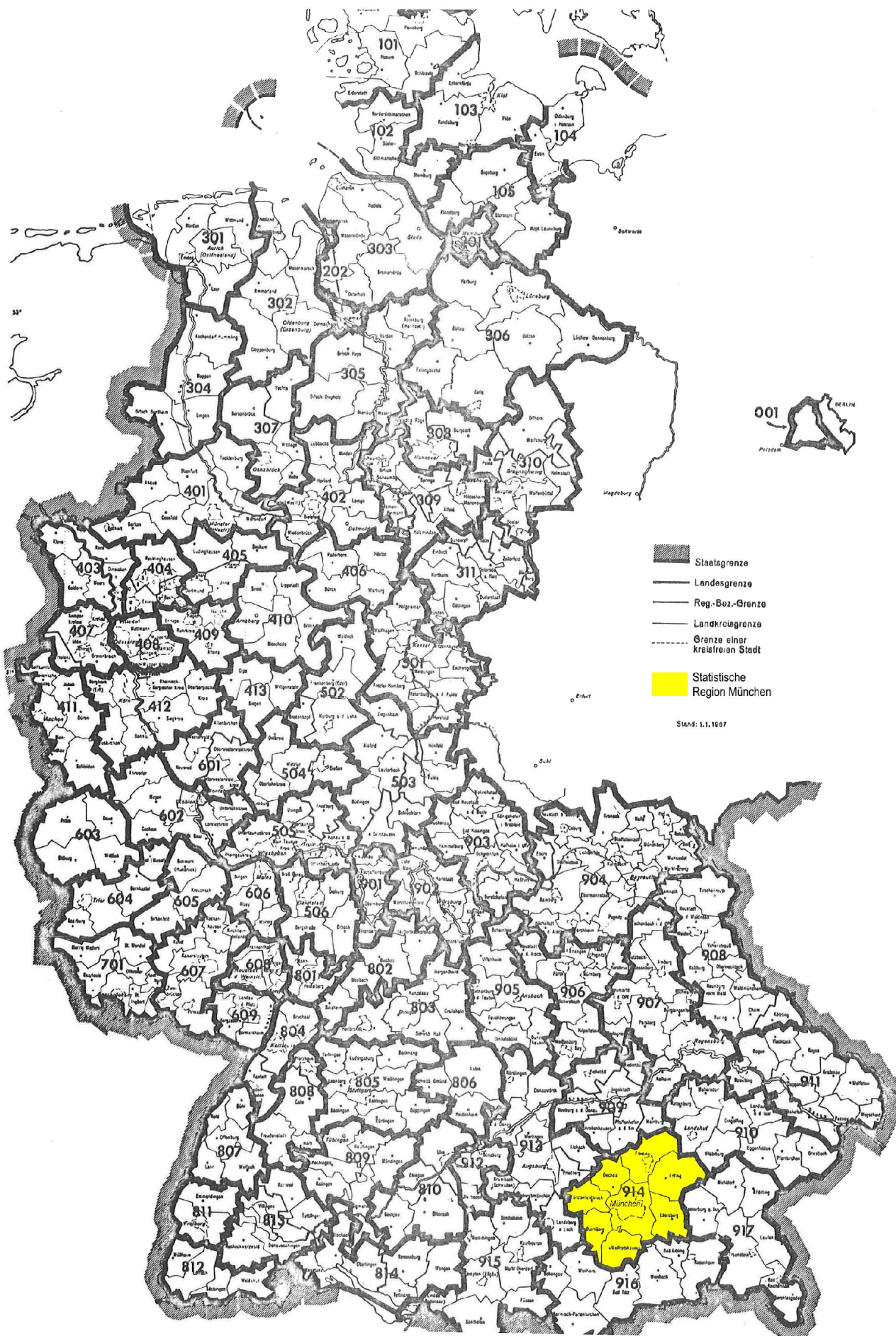


Tabelle 1

Zuzüge, Wegzüge, Wanderungssaldo und Geburtenüberschuß in der Region München 1950 - 1968

Zeitraum	Zuzüge			Wegzüge			Wanderungssaldo			Geburtensaldo			Einwohner- zahl
	Stadt	Umland ¹⁾	Region	Stadt	Umland ¹⁾	Region	Stadt	Umland ¹⁾	Region	Stadt	Umland ¹⁾	Region	
1950 - 1956	495.313	364.620	859.933	271.610	355.785	627.395	223.703	8.835	232.538	- 7.881	17.191	9.310	1'500.465
1957 - 1961	431.749	308.056	739.805	275.513	256.574	532.087	156.236	51.482	207.718	9.521	20.378	29.899	1'696.461
1962 - 1968	756.033	559.823	1'315.856	612.889	458.933	1'071.822	143.144	100.890	244.034	28.227	36.923	65.150	2'007.274
1950 - 1968	1'683.095	1'232.499	2'915.594	1'160.012	1'071.292	2'231.304	523.083	161.207	684.290	29.867	74.492	104.359	
Mittel d. J. 1950 - 1961	77.255	56.056	133.311	45.593	51.030	96.623	31.662	5.026	36.688	136	3.130	3.267	
Mittel d. J. 1962 - 1968	108.004	79.974	187.978	87.555	65.562	153.117	20.449	14.412	34.861	4.032	5.274	9.307	

1) Umlandkreise: Dachau, Ebersberg, Erding, Freising, Freising Stadt, Fürstenfeldbruck, München, Starnberg, Wolfratshausen

2) Stand am Ende des Zeitraumes: Die Addition der Wanderungs- und Geburtensaldi ergibt nicht exakt die jeweilige Einwohnerzahl, da anlässlich der Volkszählung Korrekturen an der fortgeschriebenen Einwohnerzahl vorgenommen wurden.

Tabelle 2

Zuzüge, Wegzüge, Wanderungssaldo, Geburtenüberschuß und Ausländer der Region München 1962 - 1968

Zeitraum	Zuzüge			Wegzüge			Wanderungssaldo			Geburtensaldo			Einwohner- zahl Stadtregion
	Stadt	Umland ¹⁾	Region	Stadt	Umland ¹⁾	Region	Stadt	Umland ¹⁾	Region	Stadt	Umland ¹⁾	Region	
1962	104.245	67.866	172.111	73.538	57.720	131.258	(16.371) 30.707	(4.197) 10.146	(20.568) 40.853	3.925	4.739	8.664	1'747.817
1963	101.252	71.757	173.009	82.189	61.035	143.224	(7.770) 19.063	(2.310) 10.722	(10.080) 29.785	4.475	5.201	9.676	1'787.276
1964	110.706	75.768	186.474	89.312	63.121	152.433	(11.482) 21.394	(3.694) 12.647	(15.176) 34.041	5.016	5.838	10.854	1'832.171
1965	113.046	83.011	196.057	95.372	66.949	162.321	(10.143) 17.674	(4.531) 16.062	(14.674) 33.736	4.315	5.345	9.660	1'875.567
1966	114.004	84.397	198.401	97.479	68.453	165.932	(8.372) 16.525	(2.482) 15.944	(10.854) 32.469	4.420	5.668	10.088	1'918.124
1967	97.764	87.129	184.893	92.674	70.230	162.904	(-3.887) 5.090	(-1.133) 16.899	(-5.020) 21.989	3.599	5.487	9.086	1'948.991
1968	115.016	89.895	204.911	82.325	71.425	153.750	(18.238) 32.691	(3.744) 18.470	(21.982) 51.161	2.477	4.645	7.122	2'007.274
1962 - 1968	756.033	559.823	1'315.856	612.889	458.933	1'071.822	(68.489) 143.144	(19.825) 100.890	(88.314) 244.034	28.227	36.923	65.150	—

1) Umlandkreise: Dachau, Ebersberg, Erding, Freising, Freising Stadt, Fürstenfeldbruck, München, Starnberg, Wolfratshausen

2) Zahlen in Klammern: Wanderungsgewinn mit dem Ausland

Tabelle 3

Wanderungsgewinne und Geburtensaldi ausgewählter Stadtregionen in der Bundesrepublik Deutschland 1956 - 1968

Region 1)	Zeitraum 1956 - 1961				Zeitraum 1962 - 1965				Zeitraum 1966 - 1968			
	Einwohner- zahl ²⁾	Wanderungs- saldo %	Geburten- saldo %	Geburten- u. Wanderungs- saldo %	Einwohner- zahl ²⁾	Wanderungs- saldo %	Geburten- saldo %	Geburten- u. Wanderungs- saldo %	Einwohner- zahl ²⁾	Wanderungs- saldo %	Geburten- saldo %	Geburten- u. Wanderungs- saldo %
München												
Stadt	1.106,3	17,96	0,83	18,79	1.214,6	7,31	1,46	8,77	1.279,4	4,24	0,82	5,06
Umland	590,2	9,18	3,91	13,03	661,0	7,50	3,19	10,69	727,9	7,05	2,17	9,22
Region	1.696,5	14,90	1,91	16,81	1.875,6	7,38	2,07	9,45	2.007,3	5,26	1,31	6,57
Hamburg												
Stadt	1.840,5	6,25	0,12	6,37	1.854,4	0,21	0,48	0,69	1.822,8	- 1,69	- 0,03	- 1,72
Umland	953,8	3,27	3,12	6,39	1.038,1	5,23	2,88	8,11	1.109,7	4,36	2,09	6,45
Region	2.794,3	5,23	1,14	6,37	2.892,5	2,01	1,34	3,35	2.932,5	0,59	0,77	1,36
Hannover												
Stadt	574,0	8,93	1,03	9,96	552,8	- 4,15	0,34	- 3,81	521,9	- 5,77	- 0,22	- 5,99
Umland	374,8	8,95	2,82	11,77	443,7	12,58	2,75	15,33	481,3	5,61	2,31	7,92
Region	948,8	8,94	1,74	10,68	996,5	3,29	1,41	4,70	1.003,2	- 0,31	0,99	0,68
Köln												
Stadt	818,5	13,31	1,99	15,30	857,4	2,58	1,96	4,54	856,0	- 1,20	1,04	- 0,16
Umland	1.335,9	9,65	3,62	13,27	1.478,5	6,83	2,86	9,69	1.571,4	4,05	1,85	5,90
Region	2.154,4	11,04	3,00	14,04	2.335,9	5,27	2,53	7,80	2.427,4	2,19	1,57	3,76
Frankfurt												
Stadt	688,5	10,38	0,90	11,28	683,1	- 1,70	0,91	- 0,79	660,4	- 3,72	0,28	- 3,44
Umland	1.236,2	10,17	2,18	12,35	1.369,5	7,57	2,16	9,73	1.462,9	4,96	1,54	6,50
Region	1.924,7	10,25	1,72	11,97	2.052,6	4,44	1,74	6,18	2.123,3	2,26	1,15	3,41
Stuttgart												
Stadt	637,3	5,61	2,47	8,08	629,4	- 3,23	1,96	1,27	617,5	- 2,93	1,00	- 1,93
Umland	1.403,5	12,99	5,09	18,08	1.573,7	6,56	4,32	10,88	1.666,4	2,61	2,96	5,57
Region	2.040,8	10,69	4,27	14,96	2.203,1	3,77	3,64	7,41	2.283,9	1,11	2,43	3,54
Nürnberg												
Stadt	459,5	10,57	0,46	11,03	472,3	1,89	0,81	2,70	470,8	- 0,59	0,28	- 0,31
Umland	604,3	4,06	3,42	7,48	645,8	3,92	2,61	6,53	674,5	2,56	1,58	4,14
Region	1.063,8	6,87	2,14	9,01	1.118,1	3,07	1,85	4,92	1.145,3	1,26	1,05	2,31

1) Abgrenzung nach Landkreisen s. beiliegende Karte

2) Einwohnerzahl jeweils am Ende des Zeitraums

Tabelle 4

Bedeutung des Wanderungsgewinnes mit dem Ausland in vergleichbaren Stadtregionen 1962 - 1966

Tabelle 4

Bedeutung des Wanderungsgewinnes mit dem Ausland in vergleichbaren Stadtregionen 1962 - 1966

Region	Einwohner- zahl 1961	Wanderungsgewinn					1962-66	Mittel d. Jahre
		1962	1963	1964	1965	1966		
München								
Ausland		20.568	10.080	15.176	14.674	10.854	71.352	14.270
Inland		20.285	19.705	18.865	19.062	21.615	99.532	19.906
total	1.696.461	40.853	29.785	34.041	33.736	32.469	170.884	34.177
Hamburg								
Ausland		12.654	10.797	10.633	12.111	6.002	52.197	10.439
Inland		2.852	5.206	2.923	1.013	2.914	14.908	2.982
total	2.794.300	15.506	16.003	13.556	13.124	8.916	68.005	13.601
Hannover								
Ausland		6.383	5.409	6.577	5.935	8	24.312	4.862
Inland		2.403	2.526	1.480	2.137	1.175	9.721	1.944
total	948.800	8.786	7.935	8.057	8.072	1.183	34.033	6.807
Köln								
Ausland		12.559	11.377	14.989	16.957	4.475	60.357	12.071
Inland		15.456	15.666	17.545	18.529	17.297	84.493	16.899
total	2.154.400	28.015	17.043	32.534	35.486	21.772	144.850	28.970
Frankfurt								
Ausland		15.004	9.458	11.093	18.844	10.668	65.067	13.013
Inland		10.025	11.122	8.880	7.661	11.131	48.819	9.764
total	1.924.700	25.029	20.580	19.973	26.505	21.799	113.886	22.777
Stuttgart								
Ausland		24.237	8.033	18.859	28.729	7.745	87.603	17.521
Inland		474	1.836	34	783	- 565	2.562	512
total	2.040.800	24.711	9.869	18.893	29.512	7.180	90.165	18.033
Nürnberg								
Ausland		4.704	4.231	7.006	9.906	2.075	27.922	5.584
Inland		4.992	1.157	1.614	690	2.049	10.502	2.100
total	1.063.800	9.696	5.388	8.620	10.596	4.124	38.424	7.686

Tabelle 5
Zusammensetzung des Wanderungsstromes nach demographischen Merkmalen in der Region München 1965 u. 1968

Zusammensetzung des Wanderungsstromes nach demographischen Merkmalen in der Region München 1965 u. 1968

Demographische Merkmale	1965			1968		
	Stadt	Umland 1)	Region	Stadt	Umland 1)	Region
Zuzüge abs.	113.046	69.515	182.561	115.016	76.347	191.363
Wegzüge abs.	95.371	53.456	148.827	82.325	57.877	140.202
Saldo	17.675	16.059	33.734	32.691	18.470	51.161
Ausländer :						
% - Zuzug	35,9	18,3	29,2	32,1	15,7	25,6
% - Wegzug	31,9	15,3	25,9	22,7	14,2	19,2
% Saldo	57,4	28,2	43,5	55,8	20,3	43,0
Erwerbstätige:						
% - Zuzug	71,8	63,5	68,6	71,4	61,1	67,3
% - Wegzug	70,9	64,0	68,5	67,0	62,1	65,0
% Saldo	76,2	61,9	69,4	82,5	58,3	73,7
Alter:						
% unter 35 J. Zuzug	76,3	71,7	74,5	78,7	71,7	75,9
% " " " Wegzug	72,9	73,2	73,0	71,7	73,8	72,5
% " " " Saldo	94,3	66,7	81,1	96,5	65,3	85,3
% 35 - 50 J. Zuzug	15,9	15,5	15,7	14,0	15,2	14,5
% " " " Wegzug	17,0	15,0	16,3	16,3	14,7	15,6
% " " " Saldo	9,9	17,0	13,3	8,1	16,6	11,2
% über 50 J. Zuzug	7,7	12,7	9,6	7,2	12,9	9,5
% " " " Wegzug	10,0	11,6	10,6	11,9	11,3	11,7
% " " " Saldo	- 4,2	16,2	5,4	- 4,7	17,9	3,4

1) Umland - Abgrenzung s. Tabelle 1

Tabelle 6

Berufliche Zusammensetzung des Wanderungssaldos der Stadt München 1967/1968 ¹⁾

Berufsabteilung	Wanderungssaldo	
	1967	1968
Pflanzenbau- u. Tierwirtsch. berufe	183	308
Industrielle- und handwerkli. Berufe	2.185	20.308
Technische Berufe	286	1.190
Handels- und Verkehrsberufe	1.403	3.512
Haushalts-, Gesundheits- u. Volkspflege-Berufe	2.009	2.649
Büro-, Verwaltungs- und Rechtspflegeberufe	3.432	2.954
Berufe des Geistes und Kunstlebens	353	972
Mithelfende in Handel und Gewerbe	492	3.971
Sonstige Erwachsene	5.329	4.822
Zusammen:	14.394	40.686

1) Sonderauswertung des Amtes für Statistik und Datenanalyse

Tabelle 7

Berufliche Qualifikation der wandernden Haushaltsvorstände im Jahr 1966 ¹⁾
 (Wanderungen mit dem Inland)

Berufsgruppen	Zuzüge	Wegzüge
ungelernte Arbeiter / Hilfsarbeiter	13 %	13 %
angelernte Arbeiter		
gelernte Arbeiter	22 %	22 %
qualifizierte Fach- arbeiter, niedere Ange- stellte und Beamte	29 %	30 %
Ingenieure, Akademiker, *) leitende Angestellte höhere Beamte, Selbständige	25 %	24 %
Berufslose, Rentner	11 %	10 %

*) in Ausbildung befindliche Personen wurden ihrer Ausbildung entsprechend eingeordnet.

1) Sonderauswertung des Geographischen Instituts der TH - München

Tabelle 8

Herkunftsgebiete des Wanderungsgewinns in der Stadtregion München 1965 und 1968

Herkunftsgebiet	1965			1968		
	Stadt	Umland	Region	Stadt	Umland	Region
Region München						
Zuzug	14.041	20.381		15.999	24.280	
Wegzug	20.381	14.041		24.280	15.999	
Saldo	- 6.340	6.340		- 8.281	8.281	
Oberbayern gesamt						
Zuzug	24.669	34.906	59.575	26.621	54.450	81.071
Wegzug	29.799	28.624	58.423	33.558	45.780	79.338
Saldo	- 5.130	6.282	1.152	- 6.937	8.670	1.733
Niederbayern, Oberpfalz						
Zuzug	9.720	2.817	12.537	10.769	4.229	14.998
Wegzug	7.081	2.074	9.155	5.879	4.264	10.143
Saldo	2.639	743	3.382	4.890	35	4.855
Bayern gesamt						
Zuzug	45.145	44.352	89.497	50.003	50.497	100.500
Wegzug	45.388	36.354	81.742	47.194	40.902	88.096
Saldo	- 243	7.998	7.755	2.809	9.595	12.404
süddeutsche Bundesländer ¹⁾						
Zuzug	11.218	3.234	14.452	10.947	4.580	15.527
Wegzug	8.366	1.817	10.183	7.447	3.360	10.807
Saldo	2.852	1.417	4.269	3.500	1.220	4.720
NW-Bundesländer ²⁾						
Zuzug	16.142	9.241	25.383	17.125	9.313	26.438
Wegzug	11.219	7.125	18.344	8.981	5.402	14.383
Saldo	4.923	2.116	7.039	8.144	3.911	12.055
Bundesgebiet gesamt						
Zuzug	72.505	56.827	129.332	78.075	64.390	142.465
Wegzug	64.973	45.296	110.269	63.622	49.664	113.286
Saldo	7.532	11.531	19.063	14.453	14.726	29.179
Ausland gesamt						
Zuzug	40.541	12.691	53.232	36.941	11.957	48.898
Wegzug	30.398	8.160	38.558	18.703	8.213	26.916
Saldo	10.143	4.531	14.674	18.238	3.744	21.982
Saldo gesamt	17.675	16.062	33.737	32.691	18.470	51.161

1) Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland

2) Berlin, Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein, Niedersachsen

Tabelle 9

Wanderungen nach Herkunftsgebieten im Jahr 1966 1)
 (Zu- und Wegzüge der Stadt München mit dem Inland)

Tabelle 9

Wanderungen nach Herkunftsgebieten im Jahr 1966 1)
 (Zu- und Wegzüge der Stadt München mit dem Inland)

Herkunft / Zielgebiet	Zuzüge	Wegzüge
<u>Gemeindengrößenklasse :</u>	(1966)	(1966)
0 - 2.000 Einwohner	20 %	20 %
2.000 - 35.000 "	47 %	51 %
über 35.000 "	34 %	29 %
<u>Gebietstyp:</u>	(1966)	(1966)
Verdichtungsraum	38 %	46 %
Erhaltungsraum	49 %	44 %
ländlicher Problemraum (Bundesförderungsgebiete)	12 %	10 %

1) Sonderauswertung des Geographischen Instituts der TH - München

Tabelle 10

Bevölkerungs- und Arbeitsplatzprognosen für ausgewählte Stadtregionen der BRD 1967 - 1990

Quelle: Prognose zum 5. Jahresplan des Bundesfernstraßenbaus

Region	1961-1967		1967 - 1980		19.80 - 1990		1967 - 1990		Stand	Stand	Stand	Stand
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	1961	1967	1980	1990
München	222	13	334	17	211	9	545	28	1.696,5	1.918,1	2.252	2.463
Hamburg	141	4	253	7	267	7	520	14	3.534,6	3.675,8	3.929	4.196
Hannover	53	6	89	9	89	8	178	18	948,8	1.001,6	1.091	1.180
Köln	325	15	183	7	159	6	342	14	2.154,4	2.478,6	2.662	2.821
Frankfurt	158	8	222	11	182	8	404	19	1.924,7	2.083,4	2.305	2.487
Stuttgart	189	9	276	12	251	10	527	24	2.040,8	2.230,4	2.506	2.757
Nürnberg	63	6	100	9	88	7	188	17	1.063,8	1.127,1	1.227	1.315
Land Bayern	624	7	1150	11	1.091	10	2.241	22	9.592,1	10.216,4	11.366	12.457
Bundesrepublik	3.209	6	5005	9	4.643	7	9.648	17	54.398,8	57.608,0	62.613	67.256

Tabelle 11

Bevölkerungswachstum in Verdichtungsräumen und ländlichen Räumen 1967 - 1990 ¹⁾

	1961 - 1967		1967 - 1980		1980 - 1990		1967 - 1990		Einwohnerzahl			
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	1961	1967	1980	1990
Verdichtungsräume	1.689	6	2.385	9	2.076	7	4.461	16	26.027	27.716	30.101	32.177
ländliche Räume	506	5	879	9	973	9	1.852	18	9.792	10.298	11.177	21.150
Erhaltungsräume	1.234	7	1.732	9	1.591	7	3.323	17	18.369	19.603	21.335	22.926
Summe	3.429	6	4.996	9	4.640	7	9.636	17	54.188	57.617	62.613	67.253

1) Prognose im Raumordnungsbericht der Bundesrepublik 1968